



# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 90

September  
III/2020

**DIE LINKE.**

**Ökologie**

**Soziales**

**Ökonomie**

**Frieden**

**Demokratie**

**Opposition**

*Regierungsbeteiligung*

Partei

Bewegung

Basis

Vorstände

Ehrenamtliche

Hauptamtliche

Fraktionen

**Strategie**

**Taktik**

**Rolle der Ökologie in der LINKEN**

**Corona-Krise und Klimakatastrophe**

## Editorial

Die gegenwärtigen Zeiten sind nicht unbedingt normal. Die CoVID19-Pandemie lähmt einen großen Teil des gesellschaftlichen Lebens. Für die Bewältigung wird mit sehr viel Geld hantiert. Die Zeche wird wie stets der kleine Mann bezahlen, während die Großkonzerne davon profitieren. Die Umwelt wird beim sogenannten Wiederaufbau dann weiterhin auf der Strecke bleiben, wie der Beitrag „Corona-Krise und Klimakatastrophe“ aufzeigt.

Unabhängig davon – wäre es beispielsweise nicht eine sehr gute Idee, wenn die Militärausgaben wenigstens eingefroren werden und in das Gesundheitswesen gesteckt werden würden? Dann könnte man die Pandemie auch besser bewältigen. Aber man hat ja schon die letzten Jahre systematisch gespart und die Privatisierung des Gesundheitswesens vorangetrieben.

Aufgrund der Corona-Situation gab es im Frühjahr einen totalen Lockdown und jetzt im Herbst einen erneuten teilweisen Lockdown, der wahrscheinlich bis zum Frühjahr andauern könnte. Viele Einrichtungen haben schließen müssen, Etliches muss im Home Office erledigt werden, viele Menschen wissen nicht, wie sie ihre Existenzen aufrechterhalten sollen. – Der ursprünglich im Juni in Erfurt geplante 7. Parteitag der LINKEN wurde auf den 30. Oktober bis 1. November verschoben, sollte dann verkürzt stattfinden und wurde letztendlich abgesagt. Jetzt ist geplant, einen dezentralen Präsenzparteitag am letzten Februar-Wochenende 2021 durchzuführen. – Glück für diese Tarantel, die vor dem Parteitag erscheinen sollte und dies jetzt auch tut, obwohl sie so wie schon die letzten beiden Ausgaben verspätet erscheint. Wir bitten um Verständnis und arbeiten daran, im nächsten Jahr eine regelmäßige Veröffentlichung zu gewährleisten.

Wohin geht die LINKE? Bleibt sie bei ihrem antikapitalistischen Grundverständnis oder mutiert sie weiter in Richtung Sozialdemokratie? Wenn man sieht, wo die Grünen heute stehen, kann man nur warnen. Aber unabhängig davon, ob die LINKE nach den nächsten Bundestagswahlen in Opposition bleibt oder sich an einer Regierung beteiligen wollte – sowohl bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen als auch den fehlenden Schnittmengen für eine linke Politik mit der SPD und den Grünen ein Wunschtraum, die LINKE muss endlich die ökologische Frage mit in das Zentrum ihrer Politik rücken, wozu diese Tarantel beitragen möchte.

Die Redaktion

## Impressum

**Herausgeber:** SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform; ISSN 2195-027X

**Redaktion:** tarantel@oekologische-plattform.de  
(ausschließlich für Belange der Tarantel)

**Layout:** Hans-Jürgen Paasch, Oeste, [www.buchgestalter.eu](http://www.buchgestalter.eu)

**Kontakt:** Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE;  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**E-Mail:** oekoplattform@die-linke.de

**Internet:** [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

**Die ÖPF** ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und bundesweit aktiv.

**Redaktionsschluss:** 15. 11. 2020

**Beiträge,** Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden oder das Formular auf <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel/> benutzen. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der SprecherInnenrat, der sich sinnwahrende Kürzungen und ggf. Umformulierungen vorbehält.

**Veröffentlichte Beiträge,** auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

**Geplanter Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe: 15. 1. 2020

**Elektronische Fassungen** dieser und älterer Ausgaben unter [www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel](http://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel)

**Bestellung/Adressänderung:**

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder

<https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

**Spenden** für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE;

IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB;

Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende

**Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen** bei

Adressen/Abonnement der Tarantel bitte über

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder

<https://www.oekologische-plattform.de>

## Bundestreffen 2020 der Ökologischen Plattform am 12. 9. 2020 in Berlin

Am 11. 9. fand das dritte Treffen des Koordinierungsrats der ÖPF statt, in dem es vor allem um die abschließende Vorbereitung des Bundestreffens am folgenden Tag ging.

Ursprünglich war das diesjährige Treffen für Hildesheim (Niedersachsen) am 9./10. 5. vorgesehen. Aufgrund der Corona-Situation musste es verschoben werden und wurde deshalb am 12. 9. als eintägige Präsenzveranstaltung durchgeführt.

Zwei Dutzend Mitglieder der Plattform fanden trotz allem den Weg in das Karl-Liebknecht-Haus, wo unter Einhaltung des vorgegebenen Hygienekonzepts von ca. 10 bis 18 Uhr (und danach für Interessenten und noch Vorortweilende in einer Gaststätte) angeregt diskutiert wurde.

Inhaltliches Thema am Vormittag war der Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Bundestagsfraktion (siehe [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/PDF\\_Dokumente/2020/LINKE\\_BTf\\_Broschuere\\_Klimagerechtigkeit\\_Web.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2020/LINKE_BTf_Broschuere_Klimagerechtigkeit_Web.pdf)), zu dem wir Lorenz Gösta Beutin begrüßen konnten, der den Aktionsplan vorstellte, seine Vorgeschichte und das Ringen um die konkreten Inhalte. (Die Ökologische Plattform hatte im Frühjahr – ebenso wie auch die BAG Klimagerechtigkeit – mit einem Brief an die Fraktionsmitglieder appelliert, in der Endfassung nicht dem Druck, auch von Teilen der Fraktion, nachzugeben, die darin dargelegten Forderungen zu verwässern.)

In fünf zentralen Themenfeldern – Energie, Verkehr, Industrie, Gebäude und Ernährung/Landwirtschaft wird darin ein Weg bis 2030 vorgezeichnet. Der Plan enthält etliche positive Punkte und wurde intensiv diskutiert. – Fazit: Der Klimaaktionsplan ist auf jeden Fall ein Fortschritt für die LINKE. Wissenschaftliche Notwendigkeiten müssen anerkannt werden. Weiterer Bearbeitungsbedarf ist aber auf jeden Fall gegeben. Denn man konnte sich z. B. nicht mal zu einem Verbot der Kurzstreckenflüge durchringen. (Eine Einschätzung des Aktionsplans konnte man bereits in der letzten Tarantel lesen. Auch in dieser Tarantel gibt es einen Beitrag dazu, der bei aller Anerkennung des Fortschritts aber das grundlegende Wachstumsdilemma unverblümt und schonungslos benennt: „Klimaaktionsplan – eine Bankrotterklärung“.)

Eine Präsenzveranstaltung war es vor allem deshalb, weil in diesem Jahr – wie alle 2 Jahre – wieder einmal Neuwahlen für den SprecherInnen- und Koordinierungsrat der Plattform anstanden. Wie üblich wurden Rechenschafts- und Finanzbericht vorgetragen. Durch die Corona-Pandemie waren – außer zur Liebknecht-Luxemburg-Demo im Januar – in diesem Jahr keine Stände möglich, so dass weniger Materialien an Parteimitglieder und Interessierte verteilt werden konnten. Auch das Spendenvolumen war dadurch in diesem Jahr nicht halb so groß wie sonst. – Der Rechenschaftsbericht ist im Anschluss dokumentiert.

Es wurden sechs SprecherInnen (drei Sprecherinnen und drei Sprecher) gewählt. Anschließend wurden, wie laut Satzung der ÖPF möglich, zusätzliche Mitglieder für den Koordinierungsrat (neben den von den Ländern zu delegierenden Vertretern), insgesamt sechs aus sechs Bundesländern, bestimmt.

Am Nachmittag wurde ein Ausblick auf die Arbeit der nächsten zwei Jahre gewagt. Patentrezepte gibt es nicht, aber es muss weiter versucht werden, die Mitglieder der LINKEN und auch andere Bürger auf die ökologischen Belange aufmerksam zu machen. Es kommt darauf an, sich innerhalb der Partei zu vernetzen und unabhängig von den mannigfaltigen Strukturen gemeinsam mit den Bewegungen und Organisationen für den Erhalt und den Schutz der Umwelt zu kämpfen.

Die Ökologische Plattform diskutierte die Entwürfe der zahlreichen Anträge an den Bundesparteitag. Dem SprecherInnenrat wurde das Mandat erteilt, die Endredaktion vorzunehmen. Die Ökologische Plattform hat, z. T. mit der AG Wirtschaftspolitik bei der Ökologischen Plattform und dem Netzwerk Ökosozialismus etliche Anträge eingereicht, die im Antragsheft 3 des Parteitags nachgelesen werden können ([https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/erfurter\\_parteitag\\_2020/antragshefte/erfurter\\_parteitag\\_220\\_antragsheft\\_3.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/erfurter_parteitag_2020/antragshefte/erfurter_parteitag_220_antragsheft_3.pdf)).

Im Vorfeld des Bundestreffens wurde die Delegiertenwahl für den 7. Bundesparteitag durchgeführt. Am Ende des Bundestreffens wurden die Ergebnisse der Wahl bekanntgemacht. Die Ökologische Plattform hat – wie in den Vorjahren – zwei Vertreter als Delegierte gewählt.

## Da sind wir aber immer noch

### Rechenschaftsbericht des SprecherInnenrats der ÖPF zum Bundestreffen

Die vergangenen zwei Jahre der Legislatur des aktuellen SprecherInnenrats der ÖPF fanden vor einem Hintergrund statt, in dem sich die Debatte der Partei stärker als in vorhergegangenen Jahren ökologischen Fragen

zugewandt hat. Durch die Dürrejahre 2018 und 19 und das Aufkommen von Bewegungen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion, wie überhaupt durch eine höhere Medienaufmerksamkeit für ökologische

Themen, hat es auch in der LINKEN zu einer stärkeren Thematisierung der umweltpolitischen Probleme geführt. Dies ist zu begrüßen. Mit Lorenz Gösta Beutin ist ein politischer Akteur in den Bundestag gekommen, der die bisherigen Plan-B-Ressorts ergänzt und sich stark auf die Bewegungen orientiert und linke Kritik hier auch medial wahrnehmbar äußert. Mit dem Klimaaktionsplan der Fraktion liegt jetzt ein Papier vor, das konkrete, klimapolitische Konzepte auf den Tisch legt. Es ist erkennbar, dass Dinge, die von der ÖPF lange gefordert wurden, langsam auf den Weg kommen. Vor dem Hintergrund der wachsenden klimatischen und ökologischen Probleme kann man allerdings nicht von einem ausreichenden Tempo sprechen.

Leider gibt es keine validen Hinweise darauf, dass wir als ÖPF uns diese Wende ans Revers heften können.

Der SprecherInnenrat hat die letzten zwei Jahre im Rahmen seiner personellen und materiellen Möglichkeiten daran gearbeitet, unsere Aktionsbreite auszuweiten.

- Wir haben die bisherige Struktur der Treffen aufrecht erhalten. Es erfolgten im 3-4-Monatsrhythmus Koordinierungssitzungen. Die Tarantel und die Broschüren wurden in den geplanten Rhythmen erstellt und finden unter den Mitgliedern und Interessierten ihre Abnahme.
- Wir haben einen großen Teil unserer Broschüren und Flyer überarbeitet und angepasst.
- Die Webseite und der Newsletter wurden regelmäßig, in der Regel täglich gepflegt und werden gut angenommen.

Daneben hat der Vorstand daran gearbeitet, die Mitgliederbasis und die Vernetzung der ÖPF zu erweitern. Ein Ziel war es, die Gruppen an der Basis zu erweitern und diese möglichst über die ÖPF zu vernetzen. Hierzu wurden diverse Aktivitäten unternommen:

- Vorstellung der ÖPF auf dem Bundesausschuss;
- Mitgliederrundbrief zur Motivation, lokale Gruppen zu schaffen;
- Anschreiben an alle Kreisvorstände auf Bundesebene;
- Anschreiben an die Mitglieder im Parteivorstand mit Tarantel II/2018;
- Treffen mit Lorenz Gösta Beutin im Bundestag;
- Teilnahme an den Beratungen mit dem Geschäftsführer und den AGs und IGs;
- Teilnahme an den Beratungen der Umweltpolitischen SprecherInnen;
- Vertretung/Teilnahme mit einem Delegierten im Bundesausschuss;
- Vertretung/Teilnahme mit zwei Delegierten am Bundesparteitag.

Weiterhin haben wir versucht, im Rahmen der Möglichkeiten in der Partei die ökologische Frage zu propagieren.

- Diverse Anträge an die LINKE:
  - G23 – zur Entwicklung der Umweltproblematik von der Basis her,
  - diverse Änderungsanträge zum BPT in Leipzig,
  - Antrag an den Bundesausschuss – Umweltpolitik,
  - erfolglose Einladung der Parteivorsitzenden zum Koordinierungsrat September 2019,
  - ...;
- Veranstaltungen, Infotische etc.:
  - Stand am 1. Mai 2018 und 2019 in Berlin Kreuzberg,
  - Stand auf dem Umweltfestival Berlin 2018 und 2019,
  - Liebknecht-Luxemburg-Gedenken 2019 und 2020,
  - Infotisch auf den Bundesparteitagen in Bonn und Leipzig,
  - Infotisch „Die Woche der LINKEN“ in Berlin 2019,
  - Infotisch auf der „Linken Woche der Zukunft“ am 16. September 2018 mit Vernetzungstreffen,
  - Beitrag und Teilnahme an der Strategiedebatte in Kassel,
  - Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der Partei über Emails,
  - ...;
- Bundestreffen in Kassel 2019;
- Vorbereitung Nordtreffen 2019 in Hamburg;
- Anzeigen zu Themenbeilagen in der JW 2018 und 2019;
- mehrseitige ÖPF-Beilage im ND 2018.

Durch diese stabilen Angebote ist und bleibt die ÖPF eine Hausnummer in der LINKEN, die immer wieder auf die Notwendigkeit der Verbindung von sozialer Politik, Antikapitalismus und Umweltschutz hinweist. Trotzdem kann unser Rückblick nicht durchgehend positiv sein.

Der aktuelle SprecherInnenrat wurde auf dem Bundestreffen in Franken gewählt. Von den damals gewählten 10 Mitgliedern sind leider inzwischen 5 aus verschiedenen Gründen zurückgetreten, was in der Arbeit des SprecherInnenrats seine Spuren hinterlassen hat und zu manchen Lücken geführt hat. Auch in den Ländern gab es trotz des wachsenden Problembewusstseins kein Aufwachsen als Ganzes. Neben der seit ca. 2 Jahren bestehenden Mecklenburger Gruppe ist der Kontakt zu anderen Strukturen eher abgebrochen, so dass die ÖPF weiter mit den seit Jahren gewohnten und stabilen Kräften agiert. Dies wäre vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von GenossInnen, die sich die Umweltpolitik auf ihr Revers heften, anders zu erwarten gewesen.

Ein negativer Punkt ist auch, dass es uns im letzten Jahr nicht gelungen ist die ökologischen Kräfte in die LINKE zu vereinen. Mit der während des letzten Bundestreffens in Kassel bekannt gewordenen Gründung der BAG Klimagerechtigkeit besteht nun ein zweiter Akteur,

und die Befürchtung, dass sich die Gruppen gegenseitig das Wasser abgraben, scheint sich teilweise zu bewahrheiten. Wir haben der Gruppe als SprecherInnenrat entsprechende Angebote des Zusammengehens gemacht, wir haben auf den Plattformcharakter der ÖPF hingewiesen, zur Kommunikation eingeladen, leider konnten wir die BAG nicht überzeugen. Wir arbeiten mit der Gruppe natürlich bestmöglich zusammen, sind aber klar in der Überzeugung, dass ein gemeinsames Agieren für alle ökologisch Interessierten sinnvoller wäre, da die Doppelstrukturen unnötige Verluste aufbringen.

Gerade unsere Arbeit als SprecherInnen der ÖPF zeigt auch, wie aufwändig es ist, eine bundesweite Struktur am Laufen zu halten. Aktuell sind die Aufgaben vom bestehenden SR (Detlef, Gesine, Götz, Marcus, Petra) nicht im bisherigen Umfang zu leisten, da im Vorstand größtenteils Vollzeitarbeitende aktiv sind und es seitens der Partei auf unserem Sektor seit Jahren keine Unterstützung durch Mitarbeiter gibt, die z. B. einen Teil der organisatorischen Arbeit mit übernehmen.

Aus dieser kurzen Analyse der aktuellen Situation ergeben sich für uns als ÖPF einige Aufgaben für die Zukunft:

- Der SprecherInnenrat braucht Nachwuchs und ggf. eine neue Struktur, z. B. durch die Aufnahme von Leuten von außerhalb Berlins.

- Wir brauchen mehr freie Kapazität z. B. für die Mitgliederarbeit.
- Wir brauchen möglichst eine vom SprecherInnenrat auch getrennte Tarantel-Redaktion.
- Die Forderung nach einer Stelle für die umweltpolitische Arbeit bei der LINKEN sollte noch einmal auf die Tagesordnung kommen. Es gibt andere Gremien mit Mitarbeitern. Wie kann die Geschäftsstelle ansonsten bei organisatorischen Aufgaben unterstützen bei:
  - Versendung von Material,
  - Beantwortung von Anfragen,
  - Raumorganisationen, Anmeldung?
- Wir müssen die Kontakte zu Bewegungen verbessern und ausbauen.
- Wir müssen die Mitgliederarbeit ausgehend von den Ländergruppen verstärken.
- Wir müssen die Vernetzung mit den Funktionsträgern in der LINKEN weiter verbessern, selbst aber auch ausreichend Angebote machen können.
- Wir müssen den Markenkern ÖPF ausbauen und sichtbarer machen.
- Wir werden weiter an der Option der Video-Konferenzen arbeiten. Die Annäherung an diese Frage war durch Corona leider gebremst – es gibt im Karl-Liebknecht-Haus aber entsprechende Technik.

## Arbeitsplan der Ökologischen Plattform für 2021

### Rechenschaftsbericht des SprecherInnenrats der ÖPF zum Bundestreffen

1. Die MitstreiterInnen der Plattform sehen 2021 zwei Schwerpunkte ihrer Arbeit:
  - die Stärkung ökologischer Positionen in der LINKEN und
  - Netzwerkbildung mit ökologisch orientierten Nichtregierungsorganisationen.
2. An der weiteren Strategiedebatte werden wir uns inhaltlich beteiligen.
3. Die Plattform wird auch 2021 weitere Anstrengungen zur Verstärkung der Mitglie­derbasis und der Arbeit der Umweltgruppen in den Bundesländern unternehmen. Unsere MitstreiterInnen in den Bundesländern sind aufgerufen, bei der Mitglie­derwerbung für die Plattform zu helfen.
4. In Vorbereitung des Bundesparteitags 2021 werden wir versuchen, GenossInnen in der ÖPF zu finden, die in der Antragskommission und im Tagungspräsidium mitarbeiten.
5. Innerhalb der LINKEN nehmen wir gemeinsam mit anderen Zusammenschlüssen darauf Einfluss, dass die Sicherung einer menschenwürdigen Zukunft, insbesondere durch Kampf gegen die Erderhitzung, auf dem Parteitag in Vorbereitung der Bundestagswahl die notwendige Berücksichtigung findet. Wir beteiligen uns aktiv an der Formulierung des Bundestagswahlprogramms.
6. Wir engagieren uns vor Ort in den Landtagswahlkämpfen und im Bundestagswahlkampf unter Verwendung der aktualisierten und gegebenenfalls neu gedruckten 40 Themenflyer.
7. In diesem Sinne werden wir mit der Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand der LINKEN zusammenarbeiten.
8. Wir unterstützen alle weiteren Aktivitäten, die einen Beitrag leisten zur sozial-ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft.
9. Das Bundestreffen der Ökologischen Plattform wird vom 8. bis 9. Mai 2021 in der Jugendherberge Hildesheim durchgeführt.
10. Wir planen für 2021 Veranstaltungen mit folgendem Arbeitstitel: „JETZT den sozial-ökologischen Umbau forcieren. Möglichkeiten und Grenzen unserer Praxis“. Die Idee ist, dass insbesondere mit Kommunal- und LandespolitikerInnen ausgelotet wird, was heute geht, was davon durch sie/durch uns gemacht und nicht gemacht wird.

Diese finden gegebenenfalls als Videoveranstaltungen statt.

11. Wir planen vier Sitzungen des Koordinierungsrates: 13. 2. 2021, 7. 5. 2021, 11. 9. 2021 und 20. 11. 2021.
12. Die Herausgabe der Tarantel erfolgt wie üblich zum Ende eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher.
13. In der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ werden erneut zwei Broschüren herausgegeben. Ihr

Erscheinen wird rechtzeitig auf der Internetseite der Plattform bekannt gemacht.

14. Die Plattform wird zu verschiedenen Gelegenheiten entsprechend ihren Möglichkeiten mit Infoständen auftreten, so z. B. in Berlin bei der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 10. 1. 2021, beim Umwelt-Festival in Berlin am 6. Juni und auf dem Parteitag in Vorbereitung der Bundestagswahl.

## Gesamtmitgliederversammlung der BAG Klimagerechtigkeit am 3./4. Oktober 2020 in Kassel

Nachdem das 2. Treffen der 2019 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft online am 28. März stattfand, gab es am 3./4. Oktober im Bürgerhaus Kassel-Harleshausen wieder ein Präsenztreffen in Form einer Gesamtmitgliederversammlung.

Der Corona-Situation geschuldet war die Zahl der Anwesenden natürlich nicht so hoch wie beim Gründungstreffen. Ungeachtet dessen war die Atmosphäre gut.

Diejenigen, die schon am 3. Oktober anreisten, hatten die Gelegenheit, in den Dannenröder Forst zu fahren und dort die Proteste gegen den Bau der A49 zu unterstützen. Im Nachgang des Treffens wurde noch eine Unterstützungserklärung aufgesetzt und verabschiedet.

Am Sonntag wurde Positionen diskutiert und beraten und darüber, wie die Arbeit perspektivisch fortgesetzt werden soll.

Eines der beiden Hauptanliegen am Sonntag war die Wahl der Prozess-AG, die ja schon seit der Gründung der BAG im Oktober 2019 als temporäres Koordinierungsorgan erfolgreich agierte und die jetzt durch Wahl auch offiziell legitimiert wurde.

Außerdem wurde am Nachmittag über Anträge an den Bundesparteitag befunden. Die BAG hat sich dabei für die Unterstützung von einigen Anträgen der ÖPF ausgesprochen, andererseits hat sich auch die ÖPF bei von der BAG Klimagerechtigkeit eingereichten und unterstützten Anträgen mit eingebracht.



Infostand vom AK Rote Beete und der Ökologischen Plattform am 1. Mai 2018 in Berlin-Kreuzberg.

## Welt retten statt bloß grün anstreichen!

Didem Aydurmus

Es muss dafür gesorgt werden, unsere Ökosysteme und damit die Grundlage des Überlebens der Menschheit endlich zu schützen. Alle sollten eigentlich mittlerweile wissen, dass der Klimawandel nicht wartet, dass Biodiversität nicht einfach wieder hergestellt werden kann, dass einfach auf technologische Innovationen zu hoffen Blödsinn ist und dass aus einer Klimakrise schnell und unwiderruflich eine Klimaapokalypse werden kann. Die Tragweite nimmt weder Regierung noch Opposition und Bevölkerung wahr, als LINKE ist es unsere Aufgabe, das zu ändern.

Nahezu täglich warnt die Wissenschaft mit neuen Forschungsergebnissen. Zentral ist dabei, dass die Zerstörung der Natur nicht ein Thema wie jedes andere, sondern ein Metathema ist, das sich durch die meisten Lebensbereiche hindurchzieht. Alles was uns lieb ist, bedarf funktionierender Ökosysteme. Diese Abhängigkeit und Bedrohung wird permanent ausgeblendet. Im Deutschen gibt es einen Unterschied zwischen „Wissen“ und „Verstehen“. Es wird Zeit, dass wir verstehen, dass alle unsere politischen Entscheidungen und Kämpfe wichtig sind, wenn wir sie nicht an Ihrer Zukunftsfähigkeit messen. Worte wie Nachhaltigkeit und ökologisch werden leichtfertig genutzt. Wir hören ständig von Klima- und Naturzerstörung, aber beschäftigen uns nicht wirklich mit den wahrscheinlichen Konsequenzen. Vor einigen Jahren, also noch einiges an Weltzerstörung und katastrophaler Politik früher, hat das Future of Humanity Institut der Universität Oxford ExpertInnen für globale Risiken befragt, wie hoch sie die Chance für das Aussterben der Menschheit noch innerhalb dieses Jahrhunderts ansiedeln. Die Antwort war damals schon 19 % (Marshall 2014). WissenschaftlerInnen, die in der Regel sehr vorsichtig einschätzen, hielten also das A U S S T E R B E N der Menschheit für gar nicht so unwahrscheinlich. Russisches Roulette ist weniger gefährlich.

Es gibt genug Beweise, genug Bücher, die uns ein Verstehen nahebringen wollen von „Die Zukunft der Menschheit“ (1976) über „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (2009) bis „Generation Weltuntergang“ (2017). Informationen und Warnungen fehlen nicht – Bibliotheken können damit gefüllt werden. Bisher wollen wir nicht verstehen, denn dann müssten wir unsere Lebensweise hinterfragen und radikal ändern: Systemwandel, nicht Klimawandel! Ein System, das so zerstörerisch ist wie das unsrige, das Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt, das Waffenexporte in kriegstreibende Länder zulässt, in dem unserer Konsum den Planeten frisst, das kann man nicht mit Reförmchen zum Guten lenken. Daran müssen wir uns alle immer wieder gegenseitig erinnern, und genau deshalb

kandidiere ich übrigens für den Parteivorstand. Unsere Politik muss nicht nur davon geleitet werden, was wir als politisch möglich betrachten, denn auf einem Planeten mit mehr als zwei Kelvin durchschnittlicher Erwärmung wird Leben unmöglich sein (Anderson 2012 u. a. ). Wir haben es bisher verschlafen, eine sozial-ökologische Transformation überhaupt einzuleiten oder Visionen dafür zu entwickeln. Natürlich können wir sagen, dass es uns als Opposition unmöglich ist, allerdings ist es an uns, linke Kräfte zu mobilisieren, uns zu verbünden und alles dafür zutun, dass eine Apokalypse nicht Wirklichkeit wird. Dafür müssen wir klare Worte finden, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen zuhören und sie nicht nur einladen.

Es ist höchste Zeit, dass wir als Partei öfter aktiv agieren, denn ansonsten bleibt nur die Defensive und das schränkt uns ein. Gemeinsam müssen wir Leitlinien entwickeln wie und was wir anpacken müssen – und jede Menge Bildungsarbeit leisten. Dafür brauchen wir eine Diskussionskultur, die sich auf Fakten und Argumente konzentriert, sachlich ist, aber Emotionen respektvoll anerkennt. Das heißt auch, dass es mehr Transparenz über Entscheidungsprozesse braucht. Das heißt, dass wir miteinander auf Augenhöhe sprechen müssen, das heißt auch weniger toxische Männlichkeit und stattdessen denen Gehör schenken, die sich tatsächlich mit etwas auskennen. Wenn ich mit meinen StudentInnen spreche, dann mache ich das nicht als Doktorin, sondern als neugieriger Mensch. Dadurch habe ich die Chance, neue Sachen zu lernen und sogar „Geheimnisse“ zu hören, die ich ansonsten nie erfahren hätte. Wann immer jemand an mich herantritt und nach Rat fragt, das passiert – für mich immer ein wenig verblüffend – regelmäßig, freue ich mich und versuche mein Bestes zu geben. Eine solche Einstellung möchte ich mit Euch weiter in die Partei und Gesellschaft hineintragen.

Wir müssen sozialistische Theorie und Praxis in Einklang bringen. Noch mehr bedarf es Handlungen, die unseren Idealen nicht widersprechen. Dazu gehört die Haltung des Parteivorstands, aber auch die der Mitglieder im kleinsten Kreisbüro irgendwo auf dem Land. Wir brauchen mehr Mut nicht nur Dinge anzusprechen, die verkehrt laufen intern, national und global, sondern auch danach zu handeln. In der Kantine des Karl-Liebknecht-Haus gibt es Kitkats, die sind von Nestlé, damit bewiesenermaßen Kinderarbeit, Regenwaldzerstörung für Palmöl sowie Futtersoja und Massentierhaltung etc. Auf den Systemwechsel zu warten, dürfen wir nicht als Ausrede benutzen, denn das macht uns unglaubwürdig, nicht nur vor potenziellen Verbündeten, sondern vor uns selbst. Eigentlich müssten wir alle, wie auch

Adorno, bei dem Gedanken kotzen. Durch unseren täglichen Konsum findet jedoch eine Internalisierung statt, durch die wir unsere Lebenswirklichkeit als „normal“ wahrnehmen und damit nicht verstehen, wie extrem zerstörerisch sie ist. Damit muss dringend gebrochen werden – hoch die globale Solidarität!

Es war schon immer die Aufgabe der LINKEN, die materiellen Gegebenheiten nicht zu verneinen und die Zustände offen anzuprangern. Ich habe mich nicht für den Parteivorstand beworben, weil mir Politik Spaß macht, sondern weil die Natur und damit die Menschheit starke, aufrichtige Stimmen braucht. Das wird nicht einfach, denn eigentlich widerspreche ich ungern und mag Konsens. Schweigen und weiter so kann leider keine Strategie sein.

Radikale Veränderungen sind wichtiger denn je. Dafür müssen wir unsere Natur als zentral anerkennen, Kräfte bündeln und für ein gegenseitiges Verstehen

Sorge tragen. Als LINKE haben wir die Verantwortung, dem System zumindest Sand ins Getriebe zu streuen, dabei sollten wir vor allem unseren Idealen verpflichtet sein: Gerechtigkeit und Solidarität – jetzt und zukünftig. Das ist keine extreme Strategie, sondern der einzig vernünftige Weg.

## Quellen:

- Anderson, K. (2012): Climate change going beyond dangerous – Brutal numbers and tenuous hope. – *Climate, Development and Equity* 12(15):16–40.
- Heilbroner, R. L. (1976). Die Zukunft der Menschheit. – Frankfurt: Suhrkamp. – ISBN 9783518067802.
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2011): Das Ende der Welt, wie wir sie kennen: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. – Frankfurt: Fischer. – ISBN 9783596185184.
- Marshall, G. (2014): Don't Even Think About It: Why Our Brains Are Wired to Ignore Climate Change. – Kindle Edition: Bloomsbury.
- Weiss, A.; Bronner, S. (2019): Generation Weltuntergang. Warum wir schon mitten im Klimawandel stecken, wie schlimm es wird und was wir jetzt tun müssen. – München: Droemer. – ISBN 9783426301982.

## „Wir werden nicht zu Grünen“

Lorenz Gösta Beutin

Klimagerechtigkeit ist in der Partei längst angekommen: Wer die LINKE unterstützt, macht sich große Sorgen ums Klima. Lücken bei Glaubwürdigkeit und Unterstützung müssen im Bundestagswahlkampf geschlossen werden.

Alle Umfragen und Statistiken zeigen in zunehmender Regelmäßigkeit: Die große Mehrheit der LINKE-WählerInnen macht sich große Sorgen um den ökologischen Zustand der Welt. Zuletzt die Kommunalwahl im bevölkerungsreichsten Bundesland von Deutschland bringt unübersehbar auf die Tapete, dass die nicht enden wollende Debatte darum, ob Öko und Links überhaupt zusammengehören, empirisch längst entschieden ist. Obwohl die Corona-Pandemie den Alltag der Menschen seit Monaten bestimmt, war das große Thema der Kommunalwahl 2020 nicht Gesundheit, nicht Wirtschaft, nicht Freiheit (wie es die Masken-GegnerInnen und Corona-LeugnerInnen gerne suggerieren). Eine Auswertung von WDR und Infratest Dimap kommt zum Schluss: Das wichtigste Thema für die Mehrheit der Wählerschaft in NRW (32 Prozent) ist Umwelt und Klima.

Die Klimafrage war für LINKE-Anhänger das wahlentscheidende Thema, und zwar im deutlichen Gegensatz zu anderen Parteianhängern. Vier von zehn LINKE-WählerInnen gaben an, sie hätten die LINKE gewählt, weil sie die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als Bedrohung erkannt haben (beim AfD-Wähler spielt diese Frage so gut wie keine Rolle). Auf Platz zwei der wahlentscheidenden Themen bei LINKE-WählerInnen (27 Prozent) landet die Frage von Wohnungsbau und Mieten, gleichauf mit der Frage nach Einwanderung

und Integration (wichtigstes Thema beim AfD-Anhänger, natürlich mit entgegengesetzten Lösungserwartungen). Halten wir fest: Die LINKE-Wählerschaft will das Klima retten, bezahlbaren Wohnraum schaffen und übt Solidarität mit MigrantInnen und Geflüchteten.

Sozial, ökologisch, solidarisch, dieser Befund ist aus meiner Sicht wenig überraschend. Und findet sich ähnlich in so gut wie allen Wahlanalysen seit der Bundestagswahl 2017 wieder. Wäre auch seltsam, wenn nicht. Schließlich ist die Klimakrise in den letzten Hitzerekordjahren weltweit und in Deutschland immer spürbarer, immer näher in unseren Alltag gerückt. Und so wird das auch bleiben. Die LINKE ist seit Jahren in Programmen und politischem Handeln entsprechend aufgestellt.

Doch ist im politischen Geschäft nicht allein ein schön geschriebenes Programm spielentscheidend. Tore werden nur geschossen, wenn sich die Spieler ans Drehbuch halten, und zwar geschlossen. Und wenn das Publikum hinter der Mannschaft steht.

Und hier hapert es beim Öko-Thema weiter gewaltig. Zwischen Anspruch und Wahrnehmung klafft eine Riesenlücke, die sich auch in den Befragungen zahlenmäßig ausdrückt. Die WählerInnen, auch unsere eigenen, trauen der LINKEN zwar in hohem Maße zu, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Auch beim Mietenthema hat sich die LINKE große Kompetenzzuschreibungen erarbeitet, in Städten wie Berlin und Hamburg mehr als alle anderen Parteien. Natürlich ist dieses Vertrauen nicht vom Himmel gefallen. Dahinter stehen jahrelange Arbeit von LINKEN vor Ort, in Initiativen, in Regierungsbeteiligungen (Berlin, Thüringen), Verankerung durch konkrete



Unterstützung von Bewegungen, von Menschen also, die sich aktiv gegen Ungerechtigkeiten kapitalistischen Wirtschaftens und dessen Verwaltung stark machen.

Hinter dem Vertrauen in Politik und PolitikerInnen, und das gilt für Regierungsparteien genauso wie für Parteien in der Opposition, steht Glaubwürdigkeit. Weder zur Mietenfrage noch zu sozialer Gerechtigkeit gab es in der LINKEN je laute Gegenstimmen. Ich kann mich nicht an medienwirksame Interviews, Talkshow-Auftritte oder Reden wichtiger LINKE-PolitikerInnen erinnern, in denen die Zweifel säende Frage gestellt wurde, ob der Mietendeckel Arbeitsplätze oder Wohnraum kosten könnte. Ob soziale Gerechtigkeit die Menschen überfordern könnte oder die Gesellschaft zu spalten droht. Ob der Kampf gegen Harz IV, für eine sanktionsfreie Grundsicherung und gerechte Steuern gut situierte WählerInnen abschreckt oder zur FDP treiben könnte. Immer da, wo Partei, Fraktion und Regierungsbeteiligungen in ihren Forderungen geschlossen waren, immer da konnte die LINKE Programm und Handeln in Einklang bringen, wurde den Wünschen der Wählerschaft entsprochen, stellte sich Erfolg ein. In Sachen Klimagerechtigkeit muss das genauso geschlossen werden.

Wer sich nicht an die Realität anpasst, der geht unter. Erfolgreiche linke Politik in einer sich rasant verändernden Gesellschaft kann durch nur permanentes Weiterlernen gelingen. Die Parteienlandschaft verändert sich vor unseren Augen fast im Gleichschritt mit den Umweltveränderungen. Die Arbeitsverhältnisse von heute sind nicht mehr die Arbeitsverhältnisse von morgen. Die Produktion von morgen sieht anders aus, als wir es uns heute vorstellen können. Die Ausbeutung verändert ihr Antlitz. Die Geschlechterverhältnisse werden von der Wirtschaftsweise in Bewegung gesetzt. Die Globalisierung verschiebt die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus über Nationalgrenzen hinweg. Das Internet macht die Welt zum Dorf, beschleunigt den berechtigten Wunsch von Millionen im globalen Süden, auch etwas vom Kuchen des Reichtums im Norden abzubekommen. Für eine

LINKE, die ihr eigenes Programm ernst nimmt, reicht es spätestens heute nicht mehr, allein für „den deutschen Arbeiter“ am Fließband zu streiten (der zumeist männlich ist und überdurchschnittlich gut verdient). Globale und soziale Gerechtigkeit, der Einsatz für geknechtete und erniedrigte Menschen von Berlin bis Bangladesch, der Schutz von Wald in Hessen und am Amazonas, der Küste in Kiel wie der Korallenriffs in Australien gehören zusammen. Unter Androhung des Untergangs macht die Klimakrise eine vollständige Dekarbonisierung, den Abschied von Öl, Gas und Kohle, zur Notwendigkeit und Pflicht. Wir als LINKE müssen hier Antworten geben, müssen diesen durch das fossile Wirtschaften selbstverschuldeten Wandel sozial gerecht gestalten. Wir werden dadurch nicht zu Grünen. Werden wir nicht zu grünen LINKEN, hat unsere Partei nicht nur ihre Daseinsberechtigung verloren. Ignorieren wir die ökologische Frage, wird die LINKE wie der Regenwald, das Polareis, die Artenvielfalt und die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen von ganz alleine verschwinden.

In der Bundestagsfraktion haben wir uns zu Dekarbonisierung und sozialer Gerechtigkeit gemeinsam auf diesen Weg des Lernens gemacht. Herausgekommen ist der Aktionsplan Klimagerechtigkeit, der anschließend von der gesamten Fraktion beschlossen wurde. Für die Bereiche Energie, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft und Industrie haben wir konkrete Politikvorschläge erarbeitet dazu, wie die sozial-ökologische Transformation bis 2030 von links gestaltet werden kann. Doch bleibt Papier nur Papier, wenn die Handelnden an entscheidenden Positionen sich diese Pionierarbeit nicht zu eigen machen oder diese sogar konterkarieren. Nur zur Erinnerung, bei den letzten Bundestagswahlen 2017 gab es nicht ein einziges Wahlplakat mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt. Der Wahlkampf wurde damit in wichtigen Teilen am LINKE-Wähler vorbei geführt. Für den anstehenden Bundestagswahlkampf und gerade mit dem Rückenwind der Klimabewegung sollte die Devise heißen: Klimagerechtigkeit muss ganz vorne auf die Wahlplakate.

## Ist die ökologische Strategie im Parteiprogramm der LINKEN aktuell und zukunftsfähig?

**Götz Brandt, Wolfgang Borchardt**

Parteiprogramme bestimmen die Ziele von Parteien auf längere Sicht. Das Programm der LINKEN wurde auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 2011 beschlossen. Immer mal wieder kommt von Zusammenschlüssen die Forderung nach Überarbeitung und Aktualisierung des Programms. Davon sind aber bisher nicht die ökologischen Ziele betroffen. Es wäre also zu untersuchen,

inwiefern die ökologischen Ziele unter den heutigen Bedingungen, es sind immerhin fast 10 Jahre vergangen, noch aktuell sind oder ergänzt und präzisiert werden müssen oder gar überholt sind.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren ist gekennzeichnet durch eine erhebliche Verschärfung aller kapitalistischen

Tendenzen: Die Ausbeutung der Arbeitnehmer hat zugenommen, die Armut ist noch weiter verbreitet, die Schere zwischen Arm und Reich klafft noch weiter auseinander, die Ausbeutung der Natur hat bedrohliche Ausmaße angenommen, die Erderhitzung nimmt ungebremst zu und bedroht die Existenz von Teilen der Menschheit, die Artenvielfalt nimmt rapide ab, kurz gesagt, die kapitalistische Wirtschaft bedroht und vernichtet zunehmend Mensch und Natur. Die Anzeichen dieser Entwicklung gab es auch schon vor 10 Jahren, als das Parteiprogramm beschlossen wurde, und diese Entwicklung wird uns auch weitere 10 Jahre verfolgen. Das Programm hat aus dieser Sicht nach wie vor die gleiche Grundlage. Die Programmziele sind also aus dieser Sicht nach wie vor aktuell, hier sollen aber nur ökologischen Programminhalte untersucht werden.

Im Parteiprogramm von 2011 und dem Bundestagswahlprogramm von 2017 hat die LINKE klare Positionen: Sie ist antikapitalistisch. Sie will daher einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Erfurter Programm der LINKEN heißt es: Die LINKE ist überzeugt, „dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist“. „Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht in Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle Frage – eine Systemfrage.“ „Wir kämpfen für einen Systemwechsel ... bei dem alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden werden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.“

Im Parteiprogramm wird also eindeutig festgestellt, dass eine Lösung der ökologischen Frage im Kapitalismus nicht möglich ist. Die Ausbeutung und Missachtung der Natur ist dem Kapitalismus immanent. Konkurrenzkampf und Profitmaximierung verlangen und bedingen die Ausbeutung der Menschen und die der Natur.

## **Erderhitzung stoppen**

Die Biosphäre wird heute durch die kapitalistische Produktion und Marktwirtschaft zerstört, seit etwa 100 Jahren derart progressiv, dass es zu einem Untergang unserer Zivilisation kommen kann. Es steht alles auf dem Spiel. Ökologienpolitik hat deshalb Vorrang und ist die dringendste soziale Frage. Profitstreben kann mit einem „Green New Deal“ nicht wegverhandelt werden. Mehr als 7 Milliarden Menschen auf der Erde sind für jede Produktionsweise eine Bedrohung, aber unter kapitalistischen Bedingungen ist diese Bedrohung halt- und grenzenlos. Im Sonderbericht des IPCC wird festgestellt: „Die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, erfordert rasche weitreichende und

beispiellose Veränderungen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft.“

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit tritt gegenwärtig in den Hintergrund und wird vom Gegensatz zwischen Kapital und Natur überlagert. Wenn es nicht gelingt, innerhalb der nächsten 10 Jahre die Erderhitzung zu stoppen, sind alle anderen Ziele der LINKEN (soziale, demokratische, friedenspolitische) kaum noch erreichbar. Klimagerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn das Wirtschaftssystem grundlegend geändert wird.

Was sagt nun das Parteiprogramm zu diesen bedrohlichen Entwicklungen? „Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel. Dürregebiete weiten sich aus, Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt, Landstriche werden überflutet. Menschen werden zur Migration gezwungen. Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energieträger radikal eingeschränkt werden.“ Als Ziel für die nächsten Jahrzehnte wird angegeben: „Die LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne Vorbedingungen bis zum Jahre 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Senkung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken. Unser Ziel ist die 100-prozentige Versorgung mit erneuerbarer Energie ...“ Diese Analyse ist aktuell und die abgeleiteten Ziele gelten auch heute noch und weiterhin. Die Bundesregierung und die Wirtschaft haben diese notwendigen Ziele aber nicht erreicht.

Der Grund für diese mangelhaften Aktivitäten wird deutlich gemacht: „Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik.“ sowie „Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung biologischer Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits, sind zwei Seiten einer Medaille. Die soziale und die ökologische Frage können nur gemeinsam gelöst werden.“ Hier wird deutlich gemacht, dass „Die Zentralität der ökologischen Frage“, so eine Kapitelüberschrift im Parteiprogramm, die Politik der LINKEN bestimmen muss. „Die ökologische Frage ist ... eine Systemfrage.“

Das Programm von 2011 ist also, was die Erderhitzung anbetrifft, nach wie vor aktuell, zutreffend und enthält die notwendigen Analysen und Zielstellungen.

## **Sozial-ökologischen Umbau bereits im Kapitalismus vorbereiten und anstoßen**

Eines der wesentlichen Ziele der LINKEN ist der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesell-

schaft: „Für einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden und umweltbewahrenden Wirtschaftens und Lebens. Wir brauchen eine regulierte, nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit mehr sozialer Gerechtigkeit.“ „Die LINKE will dabei keineswegs bestimmte Lebensweisen vorschreiben, es gibt viele ökologische Lebensstile.“ Mit dieser Zielstellung wird klar herausgearbeitet, dass der Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft nur in Verbindung, durch Erhalt und im Einklang mit der Natur erfolgen kann. Die LINKE will eine neue „mit der Umwelt verträgliche Lebensweise und einen neuen Wohlstandstyp“, weil „unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise nicht gerechtigkeitsfähig ist, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil sie ungerecht ist.“

Ganz klar wird herausgearbeitet, dass die kapitalistische Gesellschaft und Wirtschaft umgestaltet und umgebaut werden muss. Das geht nur, wenn der „Wachstumsdruck, der aus übermäßiger Profitorientierung und ungerechten, bedrückenden Verhältnissen resultiert, aus der Gesellschaft herausgenommen wird.“ Weiterhin „erfordert ein zukunftsfähiges Wirtschaften die Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen um 90 Prozent“. Der zulässige Rahmen für den Verbrauch wird im Programm mit einer Tonne Kohlendioxid pro Person und Jahr als zulässiger ökologischer Fußabdruck angegeben. Gegenwärtig werden in Deutschland noch über 7 Tonnen verbraucht.

Die wesentlichen ökologischen Ziele des Parteiprogramms sind beim gegenwärtigen Tempo der Realisierung, obwohl sie hätten längst erreicht werden müssen, auch noch in 20 Jahren aktuell. Es handelt sich nämlich um grundlegende politische Ziele, die die Ablösung einer ganzen Gesellschaftsformation anstreben. Das Parteiprogramm ist also, was die Ökologie anbetrifft, aktuell und ausreichend für die nächsten 20 Jahre.

Allerdings sind die Politikangebote der LINKEN, um die genannten Ziele zu erreichen, auf dem Gebiet der Ökologie noch dünn gesät. Die LINKE muss nämlich auf folgende Fragen eine Antwort haben: Wie bauen wir eine solidarische Gesellschaft auf einer wesentlich schmaleren materiellen Ressourcenbasis auf? Wie sehen nachhaltige und soziale Lebensweisen aus, die nur 1 t CO<sub>2</sub>/a und Person verbrauchen? Welchen Wohlstand können wir uns zukünftig noch leisten? Reichen „marktkonforme“ Steuerungselemente auf freiwilliger Basis aus, oder ist eine Regulation der Wirtschaft notwendig? Wie soll eine zielstrebige Ordnungspolitik aussehen, die den Zeitdruck bei der Realisierung der notwendigen Maßnahmen berücksichtigt? Auf alle diese Fragen hätte die Strategiekonferenz der LINKEN bereits Antworten geben müssen. Auf alle Fälle muss der künftige Parteitag darauf Antworten geben, sonst verfehlt die LINKE ihre historische Aufgabe: Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft.

## Die Strategiedebatte in der LINKEN und zwei Gretchenfragen

Markus Otto

**Am 29. 2. und 1. 3. 2020, zu Beginn der Corona-Krise, fand in Kassel die Strategiekonferenz statt. Die Konferenz zeigte, dass ökologische Themen derzeit ins Zentrum der Partei rücken. Was bedeutet das für die ÖkosozialistInnen in der Partei?**

Der Parteivorstand hat in seiner Oktobersitzung beschlossen, Mitglieder wie SympathisantInnen der Partei zu der Konferenz einzuladen und inhaltliche Stellungnahmen von maximal 10 000 Zeichen zu Fragen der Strategie und Parteientwicklung entgegenzunehmen. Dieser Aufruf war offenbar goldrichtig. 48 Gliederungen und 244 AutorInnen bzw. Schreibkollektive füllten in den Wochen von Ende Oktober bis Anfang Januar einen Reader von 565 Seiten mit Analysen und taktischen Vorschlägen. Liest man das Vorwort und die Stellungnahmen aus dem Parteivorstand, wird klar, dass dort wohl niemand mit diesem Widerhall gerechnet hatte, was auch durch den Umstand unterstrichen wird, dass es im Kasseler Bahnhofsgebäude deutlich mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze gab.

Es ist offensichtlich, dass es in der LINKEN ein starkes Bedürfnis gibt, über die Route zu debattieren.

Erfreulich ist aus Sicht der Ökologischen Plattform, dass auf der Konferenz sichtbar geworden ist, dass man um die Debatte über die Klimaerwärmung, das Artensterben und die Landwirtschaft in der LINKEN eigentlich nicht mehr herumkommt. Hier hat sich etwas geändert, das man unbedingt wahrnehmen muss. Noch im Sommer 2018 scheiterte auf dem Bundesparteitag unser Antrag „Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!“ Dieser hatte im Wesentlichen gefordert, die Ökologie ins Zentrum unserer Debatten zu ziehen, die Bildungsarbeit in diesem Sektor zu verstärken und Maßnahmen zu beschließen, damit die Debatte auch mit der Basis und den regionalen Sektionen der Partei geführt werden kann. Im Winter 17/18 hatte der AK Rote Beete mit einem offenen Brief an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden appelliert, doch endlich die ökologische Sprachlosigkeit zu überwinden. In der Strategiedebatte kam nun ein sehr

# Rolle der Ökologie in der LINKEN

---

großer Teil der Beiträge, ob sie aus der Basis oder von Zusammenschlüssen waren, nicht mehr ohne die Auseinandersetzung mit der Mehrfachkatastrophe aus.

Generell waren die Themen der Debatte natürlich vielfältig. In den Medien und bei einigen GenossInnen, deren Lebensrealität sich um die parlamentarischen Geschäfte dreht, war die Frage der Regierungsbeteiligung vs. Totalopposition sehr präsent. Die mediale Nachbearbeitung konzentrierte sich dagegen stark auf zwei verbale Ausrutscher, die wenig mit den zwei Tagen gemein hatten. Es ging um viele Fragen. Wie lassen sich Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund besser in die Partei einbinden? Was bewegt Menschen, sich vor Ort in einer Mitmachpartei zu engagieren? Wie gelingt verbindende Klassenpolitik? Wie bleiben wir friedenspolitisch wahrnehmbar und eindeutig? Wie können wir uns gegen den Rechtstrend stellen? Grob überschlagen hatten Beiträge Konjunktur, die eine klare Notwendigkeit eines Systemwechsels, einer Transformation, einer Überwindung des Kapitalismus thematisieren. Insgesamt gab es unzählige Beiträge, die für den weiteren Diskussionsprozess in Hinblick auf den kommenden Parteitag enorm wichtig sind.

Im Bereich der Ökologie ist eine neue Qualität eingetreten. Schon in der Einladung wie beim Ablauf der Strategiekonferenz war klar, dass die Debatte um die ökologische Frage inzwischen zentral ist. In jedem Abschnitt der Tagesordnung, die unter dem Banner „Das Land verändern: Für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel“ stattfand, ließen sich entsprechende Themen wie die ökonomisch-ökologische Zangenkrise, Green New Deal, sozialistische Klimaschutzpolitik etc. ausmachen.

Vor allem die Beiträge im Konferenzreader zeigen, wie sehr sich an der Basis der Partei derzeit die Konzepte und Debatten entwickeln:

- Marjana Schott stellt die K-Frage mit Klasse, Klima, Krieg und fordert unter anderem, sich mehr darauf zu konzentrieren, Bilder zu generieren, die zeigen, wie eine linke, alternative Welt heute aussieht.
- Die BAG Klimagerechtigkeit zeigt auf, dass es um Klimagerechtigkeit oder Barbarei geht und dass viele Ängste vor Verzichtsdebatten, Arbeitsplätzen und Minuswachstum in der LINKEN heute nicht mehr Teil linker Antworten auf die Klimafrage sein können.
- Bernd Riexinger plädiert für eine LINKE als Partei eines sozialen und ökologischen Systemwandels, wobei bei ihm der „New Green Deal“ als internationalistisches Anschlusskonzept und eine Verkehrswende im Mittelpunkt der aktuellen Kampagnen stehen.
- Dr. Eva Lehmann unterstreicht, dass die Ökologie eine knallharte, ökonomische Notwendigkeit ist, die uns zu einer echten Revolution zwingt, und dass ein finanzgetriebener Green Deal unmöglich ist.

- Sarah Mirow möchte das soziale Engagement um die Ökologie erweitern, weil sie keine Reduktion des Sozialen ist, sondern ein Zusammenführen dessen, was zusammengehört.
- Ulrich Schachtschneider überlegt, wie Ökologie und Vielfalt als individuelle Befreiungsperspektive erkannt werden können, um den politischen Kredit nicht nur in bildungsbürgerlichen Schichten zu steigern.
- Dieter Klein sieht bei den Machteliten eine neoliberale, inhaltsleere Verdrängungslogik, der eine linke Offensivstrategie, die einen echten Bruch mit den neoliberalen Strukturen anpeilt, entgegentreten muss. Er fordert den Gang zurück in die öffentlichen Debatten vor Ort, um die kognitive Subversion zu erreichen, die einer politischen Transformation vorangehen muss.
- Felix S. Schulz und Maximilian Schirmer kritisieren die Kommunikation der Partei und fordern den Ausbau unserer Kommunikationsformate, wie z. B. ein Intranet für die Partei.
- Die BAG Wirtschaftspolitik fordert den Um-, Rück- und Abbau der Produktionsbereiche, die am meisten die globalen Konsumptionsstrukturen prägen.
- Dr. Norbert Elb sieht den Klimawandel als mit Abstand wichtigstes, fast alle Menschen betreffende Problem im Zentrum linker Strategien zur Regelung zukünftiger, sozialer Verhältnisse.
- Arnold Neugeborn findet, es sei Sache der LINKEN, in den Vordergrund zu stellen, dass die Klimafrage eine Gerechtigkeitsfrage ist.
- Ludwig Lindner kritisiert Organisationsstrukturen, die Neumitglieder abschrecken, sich aktiver zu beteiligen.
- Heiko Balsmeyer sieht die LINKE in der Klimakrise.
- Benjamin Hoff sucht Wege in eine Postwachstumsgesellschaft, die (anders als die Konsumgesellschaft) Sinn und Lebensinhalt nicht vorrangig mit materiellen Gütern und Prozessen verknüpft.
- Didem Aydurmus verlangt von der LINKEN „Ehrlichkeit“ in Zeiten der Klimakatastrophe.
- Violetta Bock und andere fordern für eine effektive, linke Politik einen Bruch mit der Parlamentsfixierung.
- Jutta Borchert will eine Linke, die den Fokus stärker auf die Bewegungen richtet und daran arbeitet, eine neue Zivilisation zu schaffen.
- Der AK Rote Beete verlangt von der LINKEN zu beginnen, die Tiefe und Dramatik der multiplen Umweltkrise institutionell zu begreifen.
- Die ÖPF verlangt, dass die Ökologiepolitik aufgrund der Mehrfachkatastrophe strategischen Vorrang in der LINKEN erhält.
- ...

Die verschiedenen Beiträge offenbaren unter anderem, dass das jahrelange Vernachlässigen einer

Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen im Tagesgeschäft durch die LINKE ein Fehler war, der dazu führt, dass wir der schon lange absehbaren Situation nun ein wenig hinterherlaufen. Sie zeigen auch, dass diese Auseinandersetzungen jetzt mehr denn je auch an und mit der Basis zu führen sind, die ganz offensichtlich Antennen hat, die andernorts fehlen. Die Beiträge belegen auch, dass es ganz wesentlich darauf ankommt, hier die lokalen Problemlagen mit den globalen Kämpfen und Erfahrungen um Klimagerechtigkeit zu verknüpfen, wie wir es mit unserem Antrag G23 auf dem Leipziger Parteitag vorgeschlagen hatten.

Immerhin scheint die LINKE langsam einen Weg einzuschlagen, der lange Zeit nicht gegangen wurde. Mit Bernd Riexinger beschäftigt sich inzwischen ein Parteivorsitzender aktiv mit Fragen des sozial-ökologischen Umbaus. Es scheint sogar, er hat Teile des ökologischen Dilemmas verstanden und ist für den entsprechenden Richtungswechsel bereit. Bernd plädierte auf der Konferenz, wie vorher andernorts, ganz klar für das Projekt einer radikalen Verkehrswende als Beginn einer notwendigen Transformation. Dies ist angesichts der Problemlage zu wenig, doch im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren viel für einen Spitzenpolitiker in der LINKEN. Es ist deutlich mehr, als in der Situation vor drei Jahren, als 500 Mitglieder den Parteivorstand aufgerufen hatten, die ökologische Sprachlosigkeit zu überwinden und forderten, die Umweltfrage ins Zentrum zu stellen. Das Anliegen verpuffte. Mit Lorenz Gösta Beutin wird heute auch die linke Klimapolitik im Bundestag hörbar.

Heute, einige Monate und eine Epidemie nach Kassel, verfliegt der Optimismus wieder. Der Diskurswechsel unter dem Corona-Eindruck hat alle, die davon geträumt hatten, dass sich der Trend verfestigt und sich die LINKE nun intensiv dem zentralen Problem der Gegenwart zuwendet, erst einmal wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Dominierten in der Strukturdebatte auch Stimmen aus der Basis, bei denen die Umweltfrage zentral war, setzen sich in Corona-Zeiten wieder vor allem die Stimmen aus dem Apparat durch, die einer parlamentarischen Logik folgen und bei denen die Notwendigkeit eines ökologischen Systemwechsels bereits vorher nur sehr marginal vorkam. Dem entgegen steht allerdings der Leitantrag des Parteivorstands, der durchaus einen klimapolitischen Kern hat und Probleme klarer benennt, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Transformation hin zu einem Ökosozialismus nur taktisch war oder ob das Verständnis über die zentrale Umweltproblematik wirklich in den Strukturen der LINKEN angekommen ist.

Besonders bitter war – wir kommen zur zweiten Gretchenfrage, dass der Parteiapparat nach der

Strategiedebatte alle Hinweise auf die breit geführte Debatte zeitweise getilgt hatte. Der oben beschriebene Reader war lange nicht mehr auf der Webseite abrufbar. Die Debattenseite wurde vor allem durch Videos ausgewählter Beiträge gekennzeichnet, bei denen vor allem die bekannten Gesichter dominieren. Die ÖPF hat nach den Gründen gefragt. Die ersten Antworten aus der Partei variierten zwischen der Annahme eines Versehens im Rahmen der Umstellung der Seite bis zur Aussage, der Reader konnte nicht online bleiben, da es untragbare Beiträge gab, die nicht im geringsten mit den Positionen von der LINKEN in Einklang zu bringen sind (was stimmte, aber keine Zensur begründet). Der Apparat scheint vor allem Angst um die eigene Existenz zu haben, denn auf der Strategiedebatte gab es einige missverständliche Aussagen, die von Rechts und Teilen der Presse fachgerecht ausgeschlachtet wurden – unter anderem verlor eines unserer Mitglieder seine Stelle im Bundestag. Der Reader ist inzwischen nach wochenlangem Druck des SprecherInnenrats wieder online.

Es scheint ein wenig so, dass die LINKE Angst vor der offenen Debatte hat. Das ist auch auf der neuen Plattform zu erkennen, die das Mitgliedermagazin Diskurs ersetzt. Zwar erhebt die Seite <https://www.linksbewegt.de/> den Anspruch, die Debatte in der LINKEN zu fördern – allein es bleibt hier eine moderierte Debatte, denn sie ermöglicht keine Eingabe von Beiträgen oder Kommentaren. Das mag für einen auch nach außen gerichteten Auftritt richtig sein, der Partei fehlen jedoch weiterhin Wege, um die Mitglieder stärker untereinander in die Debatte zu bringen, es fehlt, wie von der BAG Netzpolitik im Reader gefordert, ein Ort des Austauschs, der es ermöglicht, Debatten über die Richtung der Partei zu führen, wo diese kontrovers, spontan und angstfrei geführt werden können. Dass die Parteibasis danach sucht, zeigte die Tagung in Kassel. Ein solches Forum zu schaffen, sollte eines der wichtigsten Projekte für den neuen Parteivorstand sein, vor allem dann, wenn er das Projekt 100 000 Mitglieder, das Bernd Riexinger ausgerufen hat, ernst nimmt.

## **Fazit:**

Es bleibt für uns ÖkosozialistInnen eine Aufgabe, die Partei in Panik zu versetzen. So erfreulich die Hinwendung zu ökologischen Fragen an manchen Stellen auch ist, so sehr bleibt diese im Überbau der Partei doch gemächlich. Sie bedarf weiter der vielfachen, lokalen Verstärkung und Präzisierung. Die Aufgabe aller ÖkosozialistInnen, der Partei erst einmal die Grundkenntnisse über die Mehrfachkatastrophe zu vermitteln, bleibt bestehen, solange hohe Funktionsträger unserer Partei in öffentlichen Auftritten die Klimafrage noch immer gegen die soziale Frage ausspielen, sie Elektroautos als ökologische Zukunftslösung verkaufen oder ihnen bei der Kritik der Fleischindustrie

# Rolle der Ökologie in der LINKEN

---

nur die Arbeitsbedingungen der Arbeiter einfallen. Bis dahin braucht sich die LINKE nicht zu wundern, dass uns die umweltpolitischen Bewegungen, die weiter an

Bedeutung gewinnen werden, nicht in Scharen zulaufen. Das ist für die LINKE aber notwendig, will sie mittelfristig nicht den Weg der SPD gehen.

## Der Gebrauchswert einer sozial-ökologischen Linken

**Wolfgang Kämmerer**

Der Reigen der Wahlen 2021 mit dem Höhepunkt der Bundestagswahlen im September wird eröffnet mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die für die LINKE wie die vergangenen Wahlen auch unter den gleichen strategischen Vorzeichen stattfinden. Die 5 %-Klausel wurde mit etwa 3 % immer verfehlt, obwohl diese bei den Bundestagswahlen immer übersprungen wurde. September 2019 war bei den Umfragen in Baden-Württemberg die LINKE immer bei 7 %, während sie (wegen Corona?) auf 3 % fiel und jetzt wieder lt. INSA bei 5 % steht – in NRW bei 4 % zzt. der Kommunalwahlen. Nach den letzten Umfragen bleibt Grün-Schwarz die einzig mögliche Regierung bei Neuwahlen.

Damit ergibt sich für die LINKE, dass sie ihren Gebrauchswert für den Teil der Bevölkerung, der sie u. U. wählen würde, nachweisen muss. Nach wie vor fürchtet ein Teil unserer SympathisantInnen, dass ihre Stimme wegen der 5 %-Klausel „verloren gehen“ könnte, ja es reichte sogar aus, dass die Grünen stärkste Partei werden sollten, um einen CDU-Ministerpräsidenten zu verhindern: D. h. die Wählerbindung ist nicht allzu hoch.

Die LINKE ist verankert in Großstädten und Mittelzentren, wo sie auch bei den Kommunalwahlen Erfolge erzielen konnte, während auf dem Land jegliche Verankerung fehlt. Die LINKE ist „jünger“ geworden, bei denjenigen, die nach Fossilien aus PDS und WASG eingetreten sind, herrscht Parität zwischen den Geschlechtern.

### Wirtschaftliches Umfeld

Die Welthandelsorganisation WTO geht davon aus, dass der Welthandel in diesem Jahr um etwa ein Drittel zurückgehen wird. Das ifo-Institut erwartet, dass die im Zusammenhang mit dem Lockdown verbundenen Störungen der Lieferketten nur erst der Auftakt einer nachhaltigen Umwälzung der globalen Produktion sein werden. Deutschland und die EU werden davon besonders betroffen sein: 2015 haben 31 % der deutschen und 28,2 % der EU-Wertschöpfung mindestens eine Grenze überquert. In den USA waren dies nur 10 %, in China 17 %. 16 % des Exportwerts der deutschen Wirtschaft beruhen auf ausländischen Vorleistungen. Baden-Württemberg wird hiervon besonders betroffen sein, da hier der Exportanteil der Autoindustrie und des Maschinenbaus bei 50 % liegt.

### Die nationale Industriestrategie

„Das Ziel der ‚Nationalen Industriestrategie 2030‘ besteht darin, gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaft einen Beitrag zu leisten zur Sicherung und Wiedererlangung von wirtschaftlicher und technologischer Kompetenz, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie-Führerschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene in allen relevanten Bereichen.

Die Mittel der Wahl zur Erreichung der Ziele sind grundsätzlich marktwirtschaftlich, privatwirtschaftlich und eigenverantwortlich. Staatliches Handeln kann nur ausnahmsweise, nur vorübergehend und nur in Fällen von grundlegender Bedeutung in Betracht kommen, wenn sich alle anderen Optionen als unzureichend erwiesen haben.

Indem wir willkürlichen Eingriffen anderer in marktwirtschaftliche Prozesse entschlossen entgegentreten und unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen konsequent wahren, leisten Deutschland und die Europäische Union langfristig auch einen Beitrag zur Entstehung einer globalen sozialen Marktwirtschaft, die für alle zu mehr Markt und mehr Wohlstand führen kann.“

Hier stehen weder die Menschen im Mittelpunkt noch ist Wohlstand definiert – und Ökologie spielt dabei keine Rolle, im Gegenteil: Das EEG wird in seinen Kernelementen beseitigt.

Statt die Krise der Autoindustrie für eine nachhaltige Mobilitäts- und Energiewende zu nutzen, konzentriert sich die Landesregierung auf punktuelle Modernisierungen des klassischen Exportmodells.

### Automobilindustrie

Die Automobilindustrie war schon vor Corona in die Krise geraten, die Vorstände setzten Entlassungen auf die Tagesordnung, die Umstellung auf eine ökologischere (?) Produktion wurde jahrelang verhindert, da die Wertschöpfung der bisherigen Produktion erheblich höher ist.

Im deutschen Automobilverband gibt es unterschiedliche Einschätzungen zur künftigen Technologieoffenheit: VW setzt auf Elektromobilität, Daimler zusätzlich auf Wasserstoff. Die Position der IG-Metall Baden-Württemberg dazu ist: Wir müssen froh sein,

wenn wir das eine schaffen. Erst dann kann man die Wasserstofftechnologie in Angriff nehmen.

Die IG Metall hat sich zwar für die Pariser Klimaziele ausgesprochen, weist aber immer darauf hin, wenn dieses zu deutlich geschieht, würden die Beschäftigten die AfD-nahen Betriebsgruppen wählen. „Zentrum Automobil“ erhielt bei den letzten Betriebswahlen im Frühjahr 2018 insgesamt 13,2 Prozent der Stimme – und damit sechs der 47 Sitze (Deutschlandfunk). Die Belegschaft eines der größten Daimler-Standorte Deutschlands wird damit auch von Rechten vertreten. Und mehr als jeder Zehnte hat sie gewählt. Diese sitzen damit in Betriebsräten und kontern die ökologischen Positionen mit Kernsätzen wie „Sie wollen den Stolz der deutschen Ingenieurskunst verbieten, den Diesel“. Das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder unterscheidet sich nicht vom allgemeinen Trend. Die Stimmen von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsmitgliedern für die AfD sind insbesondere angesichts der gewerkschaftsfeindlichen Grundhaltung der AfD wenig nachvollziehbar – zumal DGB und Gewerkschaften im Vorfeld der Wahlen über die arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Positionen der Partei informiert haben. Selbstkritisch stellt der DGB fest, dass das offensichtlich nicht gereicht hat.

Bernd Riexinger hat die LINKE inhaltlich weitergebracht, indem er das Thema Ökologie am Beispiel Verkehrswende mit einer klaren Positionierung zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs vorangebracht hat:

- Der Autoverkehr ist eine Hauptursache dafür, dass Deutschland die festgelegten Klimaziele verpassen wird.
- Mit einem linken Green New Deal können in den nächsten 15 Jahren gut bezahlte Industriearbeitsplätze mit Zukunft in Deutschland gesichert werden und neue entstehen. Dies geschieht durch eine Strategie mit zwei Phasen: zum einen eine schnelle soziale und ökologische Transformation der Automodelle, mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten, zum anderen eine mittelfristige Konversion der Autoindustrie mit gerechten Übergängen.
- Die Mobilitätswende sichert und schafft Arbeitsplätze, auch in der (Auto-)Industrie. Für das Gelingen einer Mobilitätswende ist ein massiver Ausbau der Bahn (mit entsprechender Produktion von Bahninfrastruktur und Zügen) und des ÖPNV (mit entsprechend höherem Bedarf an Bussen, Kleinbussen sowie Pkw für Carsharing) notwendig. Das schafft Arbeitsplätze im öffentlichen Dienstleistungsbereich und in der Industrie. Nur so kann der drohende Wegfall von Arbeitsplätzen durch die Umstellung auf E-Fahrzeuge, durch Industrie 4.0 sowie durch einen Rückgang beim Export kompensiert werden. Die Bundesregierung

muss ein Investitionspaket für einen schnellen Aufbau von Investitionen in diesem Bereich auflegen.

- Der Staat muss die Autokonzerne auf einen Korridor verpflichten: ökologische Transformation der Produktion, Sicherung von Arbeitsplätzen und schrittweise, tariflich ausgestaltete Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Die Autoproduktion muss am gesellschaftlichen Bedarf und dem Ziel einer europäischen (und möglichst weltweiten) Mobilitätswende ausgerichtet werden – und nicht an den hohen Renditezielen der Aktionäre. Vorrang muss daher die Produktion von Fahrzeugen für kollektive Mobilitätskonzepte haben (z. B. energieeffiziente E-Pkw, E-Kleinbusse, E-Busse).
- Mit einem Transformations- und Konversionsfonds über 20 Milliarden/Jahr wollen wir sozialökologische Innovation in Industrieunternehmen fördern. Die Investitionsmittel werden im Gegenzug für Arbeitsplatzgarantien und Belegschaftseigentumsanteile vergeben.
- Unternehmen, die staatliche Hilfen erhalten, müssen zu einer erweiterten Mitbestimmung der Beschäftigten verpflichtet werden. Dazu gehören Vetorechte der Betriebsräte gegen Massenentlassungen, Standortschließungen und bei der Arbeitsorganisation/Personalbemessung sowie die verbindliche Einbeziehung der Belegschaften bei diesen Fragen durch Belegschaftsversammlungen. Die Mobilitätswende mit einer Produktion von E-Bussen und E-Kleinbussen, Bahnfahrzeugen und Bahn-Infrastruktur muss ökologische und soziale Interessen von Anfang an verbinden. Der Weg dahin: eine Kombination aus öffentlicher Beteiligung und Belegschaftseigentum. Zusammen müssen die öffentliche Hand und die Belegschaften 51 Prozent der Eigentumsanteile halten und so die Mehrheit in den Vorständen und Aufsichtsräten haben.

## Wahlstrategie Die LINKE Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

Die LINKE wird in ihrem Wahlkampf 3 Schwerpunkte setzen: Soziales, Ökologie und Feminismus. Die Schwerpunkte wurden in einer parteiinternen Umfrage ermittelt, Ökologie ist unumstritten.

Die Corona-Pandemie wird den Wahlkampf nicht leichter machen, da größere Veranstaltungen wohl flachfallen werden. Schon für jeden Kandidaten sind pro Wahlkreis mindestens 150 Unterschriften zu sammeln, was mit Maske insbesondere auf dem Land äußerst schwierig werden wird.

Die Landesregierung regiert in dieser Situation an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit wird ebenso wenig angegangen wie die ungleichen

Bildungschancen im Land. Während Corona wurden die Krankenhäuser durch den Einsatz der Beschäftigten am Laufen gehalten, trotzdem will der grüne Sozialminister hier weiterhin Standorte in großem Umfang schließen. Geflüchtete werden abgeschoben, auch nach Afghanistan. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass die Landesregierung die sozialen und ökologischen Probleme nicht löst. Bei der kommenden Landtagswahl werden wir hier ansetzen.

Während sich die spannendste Wahlauseinandersetzung an der Frage entzündet, ob künftig eine grün-schwarze oder eine schwarz-grüne Koalition regiert, werden wir den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Die SPD hat dieses Vertrauen längst verloren. Es braucht eine linke Kraft im Landtag, die Inhalte und Forderungen aus den Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften in das Parlament trägt.

Dabei hat sich die Situation im Vergleich zu 2011 und 2016 grundsätzlich verändert. Während es 2011 um einen konkreten Machtwechsel und 2016 um die Verteidigung dieser neuen Landesregierung gegen schwarz-gelb ging, ist dieser Richtungsstreit mit der

guten Zusammenarbeit von grün-schwarz geklärt. Die Grünen haben der LINKEN bisher die meisten Stimmen bei der Landtagswahl abgezogen. Nun werden wir offensiv in die Diskussion für eine grundsätzlich andere Politik eintreten. Weder können noch wollen die Grünen die soziale und die ökologische Frage nachhaltig beantworten.

Städte und Gemeinden sozial, ökologisch und friedlich – das ist unser Ziel!

Die Kontakte und Verankerung zu Bewegungen und Organisationen sind aufgrund der wenigen Aktiven auch beschränkt, so dass unsere doch recht fortschrittlichen ökologischen Positionen eher nur auf Funktionärebene wahrgenommen werden. Wir haben als Ökologen den Entwurf der Ökoteile des Landtagswahlprogramms produziert, werden mit einem eigenen Flugblatt Präsenz zeigen, viele unserer Jüngeren arbeiten bei FFF mit.

Die Beschränkung auf soziale Themen, wie einige in der Partei fordern, ist hier in Baden-Württemberg Vergangenheit. Als Ökologische Plattform werden wir die Diskussion um die planetaren Grenzen am Beispiel des Null-Flächenverbrauchs voranbringen.

## Aktionsplan Klimagerechtigkeit – eine Bankrotterklärung<sup>1</sup>

Bruno Kern

Der von der Bundestagsfraktion der LINKEN verabschiedete Aktionsplan Klimagerechtigkeit, meines Erachtens aber auch schon der Entwurf, der die Grundlage für die Diskussion bildete, bleiben weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen noch zu erhalten. Es wird vor allem die große Chance verspielt, konkret aufzuzeigen, dass Ökologiepolitik nur „von links“, das heißt in systemüberwindender Perspektive, geht. Es wird die Chance verspielt, einen originären Ansatz linker Ökologiepolitik zu entwickeln, der er möglich machte, den ökoliberalen Mainstream zu entlarven. Ärgerlich am Text ist die große Diskrepanz zwischen so vollmundigen Aussagen wie etwa die, dass die Klimakrise „das größte Marktversagen“ sei, und den konkreten eigenen Politikvorschlägen, die sich auch schon vor recht geringfügigen Eingriffen in diese Marktlogik scheuen. Die wohlfeile Grundsatzkritik am Kapitalismus bleibt völlig folgenlos und weist keinerlei Deckung durch glaubwürdige Alternativen auf. Die LINKE ist damit kein parteipolitischer Ansprechpartner der Klimabewegung, im Gegenteil: Legt man diesen Text zugrunde, dann kann man von ihr nur eine Bremserrolle erwarten.

Der Text macht immerhin exemplarisch deutlich, dass eine Ökologiepolitik, die unserer Situation gerecht wird, nur dann in sich stimmig und konsequent entwickelt werden kann, wenn man zu einem

grundsätzlichen *Paradigmenwechsel* bereit ist, das heißt, wenn der Ausgangspunkt des Denkens nicht mehr lautet: Mit welchen technischen Mitteln können wir das Bestehende weiter aufrecht erhalten, was an fossiler Energie können wir in welchem Zeitraum substituieren, sondern wenn man grundsätzlich mit dem Tabu des ökoliberalen Mainstreams bricht, dass *absolute Verbrauchsreduktionen* gar nicht gedacht werden dürfen. Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste zunächst das Märchen entlarven, dass sich das BIP-Wachstum in genügendem Maße entkoppeln ließe vom Energie- und Ressourcendurchsatz, das Märchen, dass ein Wachstum „mit anderen Mitteln“ möglich wäre. Glaubwürdige Ökologiepolitik müsste sich konsequent vom Wachstumsparadigma verabschieden und politisch durchdeklinieren, wie wir eine solidarische Gesellschaft auf einer wesentlich schmaleren materiellen Basis als heute aufbauen können. Davon ist die LINKE meilenweit entfernt. Auf Seite 5 etwa heißt es:

„Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken. Wohlstand bemisst sich nicht *allein* [Hervorhebung – Autor]

---

<sup>1</sup> Zur näheren Begründung der hier vertretenen Position: Bruno Kern (2020): Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. – Zürich: Rotpunktverlag.



an der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, sondern an Lebensqualität.“ Das heißt aber im Klartext: Man stellt das weitere BIP-Wachstum eben nicht infrage! Man unterscheidet sich damit gerade nicht von Bündnisgrünen und den anderen Parteien, die man in Wahlkampfretorik so sehr geißelt.

Entscheidend ist für mich die Aussage auf Seite 23, die von vornherein klarstellt, welchen Stellenwert Klimapolitik hat. Dort heißt es: Alles, was technisch möglich, strukturpolitisch sinnvoll, volkswirtschaftlich verkräftbar und sozial verträglich ist, sollte gemacht werden. Das heißt im Klartext: Klimapolitik wird *unter Vorbehalt* gestellt! „Klimaschutz ja, aber nur wenn ...“ Man hat also offenbar überhaupt nicht begriffen, dass umgekehrt die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Bedingung für alles andere ist, dass wir uns über die Rentenformel gar nicht mehr streiten müssen, wenn der Planet kaputt ist. Klimapolitik darf hinter dem klimapolitisch Notwendigen auf keinen Fall zurückbleiben. Das hat ohne einschränkende Bedingungen zu gelten. Punkt. Natürlich ist es die anspruchsvolle Aufgabe, diesen schwierigen Transformationsprozess dann auch gerecht und solidarisch zu gestalten, aber er darf eben nicht unter Vorbehalt stehen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist nicht verhandelbar und mit anderen Gesichtspunkten verrechenbar. Am ärgerlichsten an diesem Satz ist das Kriterium „volkswirtschaftlich verkräftbar“, das unterschlägt, dass unsere Volkswirtschaft die brutale Ausplünderung der Natur und des globalen Südens gerade zur Voraussetzung hat. Man könnte dieses Kriterium auch so formulieren: Klimapolitik darf nur so weit betrieben werden, so weit sie die klimazerstörende Ökonomie nicht gefährdet.

„Rauchende Industrieschlote sind selten geworden. Aber Deutschland ist weiterhin industriell geprägt und muss es auch bleiben.“ So heißt es auf Seite 43. Old fashioned Sozialdemokratie also, Stahl- und Beton-Sozialdemokratie der Siebzigerjahre. Eine nachhaltige, dekarbonisierte Gesellschaft kann aber keine Industriegesellschaft in unserem Stil mehr sein. Zutreffend hat Hans-Werner Sinn vor einiger Zeit formuliert: „Mit Windrädern kann man keine Industriegesellschaft betreiben.“ Das heißt natürlich nicht, dass es keinerlei industrielle Produktion mehr geben wird. Auch Solarmodule und LED-Lampen lassen sich nicht in der Werkstatt herstellen. Aber das quantitative Ausmaß der industriellen Fertigung wird erheblich zurückgefahren werden müssen, wenn wir tatsächlich CO<sub>2</sub>-neutral wirtschaften und leben wollen. Es steht eben *nicht nur der Kapitalismus* mit seinem eingeschriebenen Wachstumszwang zur Disposition, sondern auch *der Industrialismus*. Zu bedenken ist, dass die etwa dreihundert Jahre Industrialisierung, die ohnehin nur einen Teil des Planeten betraf, nur auf der Basis von Kohle und

Erdöl möglich waren, die jetzt zur Neige gehen bzw. im Boden bleiben müssen. Aufgrund der wesentlich geringeren Energiedichte werden uns die Erneuerbaren bei Weitem nicht das an Energie liefern können, was uns die fossilen Quellen geliefert haben. Menschheitsgeschichtlich betrachtet ist die recht kurze Zeitspanne von 300 Jahren eine Singularität, eine Ausnahme-situation, die nicht einfach weiter in die Zukunft zu extrapolieren ist. Wir müssten ehrlich die Rechnung aufmachen, wie viel Stahl, wie viel Beton, wie viel Aluminium etc. wir noch produzieren können, wenn wir auf 100 % erneuerbare Energien umgestellt haben.

Was den Abschnitt zur *Energiewirtschaft* betrifft, so lohnt es sich, den Entwurf mit dem endgültig verabschiedeten Text zu vergleichen. Der Entwurf ist insofern sehr interessant, als er ein zentrales Faktum ausspricht, das in der öffentlichen Diskussion – von wenigen Ausnahmen abgesehen – völlig verschleiert wird: Die Potenziale erneuerbarer Energien reichen bei Weitem nicht aus, um unseren derzeitigen Energiekonsum zu decken. Der Entwurf stellt zutreffenderweise fest, dass wir, da ja erneuerbare Energien nicht unerschöpflich sind und uns eben Energie nicht im Überfluss bereitstellen können, in Deutschland nicht mehr als 700 bis 800 Terawattstunden mithilfe von Wind, Fotovoltaik und anderen erneuerbaren Energieformen erzeugen können. Nun beträgt der Endenergiekonsum in Deutschland zurzeit etwa 2500 Terawattstunden (wovon die Elektrizität nur einen Bruchteil, etwa ein Fünftel, ausmacht). Es klafft also eine große Lücke, wenn wir auf 100 % Erneuerbare umstellen wollen. Der Entwurf weist des Weiteren darauf hin, dass in vielen Bereichen, gerade wenn wir die Ökonomie dekarbonisieren wollen, der Strombedarf erheblich wächst! Dieser Befund wäre nun eigentlich eine wunderbare Vorlage, um all jene zu entlarven, die uns einreden wollen, dass wir mithilfe von erneuerbaren Energien so weitermachen können wie bisher. Man will aber genauso wenig wie alle anderen nicht mit dem Tabu brechen, dass über absolute Verbrauchsreduktionen nicht geredet werden darf. Was bietet man also als Lösung an? Strom- bzw. Wasserstoffimport aus Nordafrika! Das ist nichts anderes als ein *imperialistisches Projekt*, das unser ausbeuterisches, ausplünderndes Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens mit anderen Mitteln fortsetzt. Wer sich jemals näher mit dem gescheiterten Desertec-Projekt auseinandergesetzt hat, der weiß ohnehin, dass auch diese Potenziale äußerst beschränkt sind, dass die Energiebilanz der Parabolrinnen-Solaranlagen aufgrund des gigantischen Materialeinsatzes recht mager ist, dass wir auf diese Weise nur einen geringen Teil des Strombedarfs decken könnten und dass ein solcher Ansatz natürlich sofort geopolitische Fragen aufwirft. Ausgeblendet wird völlig, dass die sonnenreichen Gegenden der Erde wie etwa

# Rolle der Ökologie in der LINKEN

---

die Sahara nicht nur von Deutschland begehrt werden, dass auch andere Länder auf diesen Ausweg verfallen könnten ... In einer Partei, die sich wenigstens zum Teil als sozialistisch versteht, ist also offensichtlich imperialistisches Denken tief verankert. Wir sollten uns daran erinnern, wenn wir demnächst wieder mit feuchten Augen die Internationale singen.

Beim Ausstieg aus der Kohleverstromung legt man sich auf das Zieljahr 2030 fest, weiß aber (siehe oben) ganz genau, dass es unmöglich ist, die wegfallenden Strommengen durch Erneuerbare zu substituieren, und schlägt daher vor, die Lücke durch neue Gasturbinen, die eine Leistung von etwa 30 Gigawatt aufweisen sollen, zu schließen. So sehr es zu schätzen ist, dass man hier ehrlich bleibt und die Lücke zugesteht, so sehr ist die angebotene Lösung zurückzuweisen. Ich gestehe durchaus zu, dass es sinnvoll und wahrscheinlich unumgänglich ist, für den Übergang die Leistungskapazitäten der bereits bestehenden Gaskraftwerke stärker auszuerschöpfen. Aber in unserer Situation fossile Anlagen (die ja, um sich zu amortisieren, ein paar Jahrzehnte laufen müssen) dazuzubauen, ist das völlig falsche Signal. Wie können wir eigentlich, wenn wir diese Position vertreten, glaubwürdig gegen die Inbetriebnahme des neuen (und vergleichsweise energieeffizienteren) Kohlekraftwerks in Datteln auftreten? Natürlich sind Gasturbinen aufgrund ihrer Flexibilität mit Erneuerbaren kompatibel, und im laufenden Betrieb emittieren sie erheblich weniger CO<sub>2</sub> als Kohlekraftwerke. Legt man aber nicht nur den laufenden Betrieb zugrunde, sondern den Gesamtprozess, dann ist die Treibhausbilanz wesentlich schlechter, da ja bei Förderung und Transport erhebliche Mengen an Methan freigesetzt werden. Es führt eben kein Weg dran vorbei: Der ökologisch einzig ehrliche Weg ist die Reduzierung unseres Verbrauchs. Aber da sei Dietmar Bartsch vor ...

Dazu passt es natürlich auch, dass man die Klimapolitik genauso wie von der Leyen und andere hauptsächlich unter dem Aspekt des Ausbaus einer entsprechenden Infrastruktur sieht, hierfür die Schuldenbremse lockern will etc. Die viel wichtigere Seite wird mit keinem Wort erwähnt: dass Klimawandel in erster Linie *Rückbau* bedeutet, dass er vor allem darin besteht, bestimmte Dinge nicht mehr zu produzieren und zu tun ...

Bestätigt wird die Systemkonformität derer, die sich ansonsten so gern einer antikapitalistischen Rhetorik bedienen, auf Seite 46: Nachdem man im „Lyrikteil“ vollmundig von der Klimakrise als dem „größten Marktversagen“ gesprochen hat, fällt einem da, wo es konkret wird, auch nichts anderes ein als die berühmten markt-konformen Maßnahmen, konkret der Zertifikatehandel. Immerhin will man ihn konsequenter ausgestalten als bisher, aber das ist ja gar nicht der entscheidende Punkt. Markt-konforme Maßnahmen können höchsten

so weit eine Wirkung entfalten, als sie vonseiten der Unternehmen und Produzenten durch Effizienzsteigerungen, Innovationen, kreative neue Verfahren usw. kompensiert werden können. Folgerichtig ist auch im ganzen Abschnitt nur davon die Rede. Geht man aber davon aus, dass das Potenzial von Effizienzsteigerungen sehr begrenzt ist, und legt man den Maßstab der notwendigen Reduktionen an, dann wird bald klar, dass wir damit nicht sehr weit kommen. Um die nötigen Reduktionen über Effizienzsteigerungen zu erreichen, wäre die Verbesserung der Effizienz um etwa einen Faktor 20 nötig! Absolute Verbrauchsreduktionen aber lassen sich mit marktwirtschaftlichen Anreizen nicht mehr bewerkstelligen. Würde man den CO<sub>2</sub>-Preis tatsächlich so hoch ansetzen, dass das Pariser Klimaziel erreicht werden könnte, dann hätte das den Zusammenbruch eines Großteils der Ökonomie zur Folge. Wenn man also Ernst machen will mit den nötigen Reduktionen, dann reichen markt-konforme Instrumente nicht mehr aus, dann muss man den geplanten Rückzug antreten, gezielt industrielle Abrüstung betreiben ... Stattdessen aber redet uns die LINKE genauso wie alle anderen ein, dass wir mit entsprechenden Anreizen genügend Effizienzpotenziale erschließen können.

Ein Offenbarungseid ist das Kapitel über Verkehr und Mobilität. Während man sich andernorts grundsätzlich zu wirksameren ordnungspolitischen Maßnahmen bekennt (eine der wenigen Stärken des Papiers, die man konsequent ausgestalten müsste), kann man sich da, wo es konkret wird, nicht einmal zu den banalsten davon durchringen. Ein Verbot von Kurzstreckenflügen wurde gänzlich gestrichen, obwohl bereits der Entwurf die Minimalforderung formuliert hatte, Flüge für Strecken zu verbieten, die man innerhalb von fünf Stunden mit anderen Verkehrsmitteln bewältigen kann. Selbst das hätte bedeutet: Flüge von München nach Hamburg hätte man weiter hingenommen. Insgesamt spricht man lediglich von Verlagerung des Verkehrs – kein Wort von der notwendigen Reduzierung des Gesamtverkehrsaufkommens. Der motorisierte Individualverkehr als solcher wird nicht grundsätzlich hinterfragt. Auf eine Kritik des E-Autos, das als individuelles Verkehrsmittel ökologisch desaströs ist, wird völlig verzichtet. Ja sogar die im Entwurf enthaltene Forderung nach Streichung der Kaufprämie fällt weg. Das heißt: Eine Partei, die sich selbst als Anwältin der Armen und der sozialen Umverteilung versteht, nimmt es unwidersprochen hin, dass mit allgemeinen Steuermitteln privater Luxus finanziert wird! Die Forderung nach dem Aus für den Verbrennungsmotor geht nicht einher mit einer kritischen Beurteilung alternativer Antriebe, mit einer Kritik des imperialistischen Konzepts E-Mobilität (imperialistisch schon allein deshalb, weil es aufgrund der knappen Rohstoffe ohnehin nur für eine Elite in den Industrieländern umsetzbar ist),

mit der Problematisierung anderer Antriebe wie E-Fuels oder Wasserstoff, die allein schon aufgrund ihrer Energiebilanz niemals den motorisierten Individualverkehr von heute auch nur annähernd aufrechterhalten können. Die Sozialdemokraten der alten Schule sehen die Arbeitsplätze in Gefahr, für die sie die Zerstörung der Umwelt in Kauf nehmen, und bringen die Fantasie nicht auf, aufzuzeigen, wie man die soziale Existenz der Menschen jenseits unseres perversen Niveaus an industrieller Destruktivmaschinerie sichern kann. Das ist eben die Konsequenz, wenn man abgesehen von den unverbindlichen Phrasen in den Sonntagsreden und den bis zum Überdruß wiederholten Beteuerungen, wie schlimm doch der Kapitalismus ist, über dieses System nicht hinauszudenken wagt. Verkehrspolitisch werden grundsätzlich nur die Dinge thematisiert, die man den Menschen als angenehm verkaufen kann. Das ist gefährlicher Populismus. Eine echte Verkehrswende muss beides zugleich tun: das Erwünschte fördern (öffentlichen Verkehr) und das Unerwünschte mit gezielten Maßnahmen eindämmen. Ansonsten ist die Lenkungswirkung Null, es steigert sich höchstens das Gesamtverkehrsaufkommen (Sabine Leidig weiß das ja grundsätzlich). Ein fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr ist selbstverständlich ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende. Aber wenn er nicht gleichzeitig mit Maßnahmen einhergeht, die den Individualverkehr aktiv zurückdrängen, erreicht man erfahrungsgemäß eine Umstiegsquote von wenigen Prozent vom Auto auf Bus und Straßenbahn. Dass wir aus der Autogesellschaft aussteigen müssen, um die notwendigen Reduktionen hinzubekommen, hat nicht einmal der Entwurf sich klar genug zu formulieren getraut. Dass das für das

Autoland Deutschland eine gewaltige Aufgabe ist, steht außer Frage. Immerhin muss die Autoproduktion auf ein Zehntel reduziert werden. Aber genau hier bestünde die Aufgabe der LINKEN darin, sozial verantwortete Exitsstrategien zu entwickeln und nicht auf ein „Weiter so“ mit anderen Motoren und Treibstoffen zu setzen.

Dass das grundsätzliche – und grundsätzlich richtige – Bekenntnis zu mehr Ordnungspolitik eben nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis ist, wird auch an anderer Stelle deutlich. So wird etwa beim Verpackungsmüll lediglich die Recyclingquote thematisiert. Vermeidungsstrategien wie etwa umfassende Einführungen von verpflichtenden Mehrwegsystemen für eine Vielzahl von Produkten (Lebensmittelkonserven, Reinigungsmittel usw.), das Verbot von bestimmten Verpackungen (etwa Weißblech-Aluminium-Dosen als Getränkeverpackungen) wird gar nicht angesprochen. Auch im Landwirtschaftsteil spricht man lediglich von „Einfuhrbeschränkungen“. Ein Verbot von Fleisch- und Futtermittelimporten als wichtige Voraussetzung für die Agrarwende wird tunlichst umgangen.

Natürlich kann man sich darauf zurückziehen, dass die anderen (etwa die Bündnisgrünen) auch nicht besser sind. Das nutzt uns aber nichts, wenn es um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geht. Hier kann das Notwendige eben nicht unterboten werden, wenn man das Ganze nicht verfehlen will. Und bei den „anderen“ steht diese völlig unzulängliche Programmatik wenigstens nicht in einem so schrillen Kontrast zur allgemein immer wieder großmäulig vorgetragenen Systemkritik. Wenn man schon politisch zu den banalsten Maßnahmen nicht bereit ist, sollte man auf diese verbalradikale Rhetorik wenigstens verzichten.

## Corona-Krise und Klimakatastrophe

Jürgen Tallig

**Die Erderwärmung beschleunigt sich gefährlich – die lebensbedrohliche „Treibhausgas-Pandemie“ muss sofort eingedämmt werden.**

Auch wenn noch so viel über die Corona-Krise gesprochen wird, befindet sich die Welt doch zuallererst in der Klimakrise und bewegt sich immer schneller auf eine Klimakatastrophe ungeahnten Ausmaßes zu.

Die Erderwärmung beschleunigt sich immer weiter, wie die verheerenden weltweiten Waldbrände, die Temperaturrekorde in der Arktis und der letzte extrem milde Winter verdeutlichen, auch wenn uns in Deutschland durch häufige Nordströmungen in diesem Sommer das Schlimmste erspart geblieben ist.

Wenn alles so weitergeht wie bisher, dann drohen die irreversible Destabilisierung entscheidender Regelkreise des Erdsystems, ein weitgehender Verlust der

Biosphäre, eine unkontrollierbare Aufheizung der Erde und somit der Übergang in eine lebensfeindliche Heißzeit. Klimaforscher warnen vor „katastrophalen Bedrohungen und unsäglichem menschlichem Leid“, vor einem „planetaren Notfall“, einem drohenden Klimanotstand (Ripple, W. J.; Wolf, C.; Newsome, T. M.; Barnard, P.; Moomaw, W. R. 2020). Über Deutschland hat sich die Temperatur laut Deutschem Wetterdienst (DWD) und Klimaforscher Stefan Rahmstorf bereits um über 2 Kelvin [das im Alltag benutzte Grad ist wissenschaftlich nicht korrekt – d. Red.] erhöht (Friedrich, K; Kaspar, F 2019; Rahmstorf, S. 2020) und laut Umweltbundesamt (UBA) erhöht sie sich immer schneller – inzwischen um mehr als 0,3 Kelvin in fünf Jahren (BMU; UBA 2019). Damit bewegen wir uns auf eine Erwärmung Deutschlands von 7 Kelvin und mehr bis

zum Ende des Jahrhunderts zu, was in der Tat einer „Selbstverbrennung“ (Schellnhuber) gleichkommt.

Unser Haus im Weltall, das „Raumschiff Erde“, droht unbewohnbar zu werden (Wallace-Wells, D. 2019). Ob und wie wir die Klimakatastrophe noch aufhalten oder wenigstens verlangsamen können, das ist zur alles entscheidenden Frage der Gegenwart geworden.

Der Klimawandel hatte in den letzten beiden Jahren ja endlich auch die „Mitte der Gesellschaft“ und auch die Politik erreicht und war zum Thema Nummer 1 geworden. „Die Erderwärmung ist die größte Herausforderung der Menschheit“, sagte Angela Merkel. Doch die Corona-Krise hat, laut Franz Alt, die eigentliche „Überlebensfrage der Menschheit“ (Alt, F. 2020) wieder in den Hintergrund gedrängt.

„Alle reden von Corona, keiner redet mehr von Greta“, brachte es meine Zeitungshändlerin auf den Punkt.

Statt vom notwendigen Umbau, einem „Green Deal“ ist jetzt nur noch vom „Wiederaufbau“ die Rede, obwohl doch gar kein Krieg war und das Feuer der Erderhitzung noch gar nicht gelöscht ist und damit nur der Fortgang der bisherigen fossil-mobilen Brandbeschleunigung gemeint sein kann.

Vielleicht lässt sich unsere derzeitige Situation am besten bildhaft, allegorisch beschreiben:

Wir gleichen einem Tankstellenbetreiber, dessen Tankstelle brennt und der sagt, er könne jetzt nicht löschen, weil er eine Erkältung habe, und er könne auch nicht aufhören Kraftstoffe zu verkaufen, da sonst sein Laden Pleite geht. Absurd!? Gewiss! Zumal wenn das „Feuer“ schon dabei ist, auf große Tanklager übergreifen, sich weiter auszubreiten und völlig unkontrollierbar zu werden (auftauender Permafrost, schmelzendes Eis).

Genauso irrational und verantwortungslos wie der Tankwart verhalten wir uns aber derzeit. „Unser Haus Erde brennt“ (Greta Thunberg) längst ganz real an allen Ecken und Enden, wie die weltweiten verheerenden Waldbrände der letzten Jahre überdeutlich zeigten, und wir beschäftigen uns fast nur noch mit einer bisher unbekanntem, aggressiven Form von Erkältung und allenfalls damit, wie wir den Geschäftsbetrieb schnellstmöglich auf sein vorheriges, erderhitzendes Niveau hochfahren können.

Der Meteorologe und Wettermoderator Sven Plöger mahnt: „Wir versuchen uns vor der fünf Meter hohen Welle der Corona-Krise in Sicherheit zu bringen, doch dürfen wir dabei nicht den 500 Meter hohen Tsunami des Klimawandels übersehen, der sich bereits am Horizont auftürmt.“

Die Erderwärmung gerät zusehends außer Kontrolle und beschleunigt sich immer mehr und ist offenbar dabei, zu einer irreversiblen Klimakatastrophe zu werden (Von Brackel, B. 2019). Von der Erreichung der

Pariser Klimaziele, die Erderwärmung auf 1,5 Kelvin, zumindest deutlich unter 2 Kelvin zu begrenzen, sind wir himmelweit entfernt, doch Politik und Wirtschaft versuchen immer noch, sich am Überlebensnotwendigen irgendwie vorbei zu mogeln.

Es zeigt sich, dass der wirkliche Ernst der Lage immer noch nicht begriffen ist und die drohende Klimakatastrophe und die Klimaproteste nach wie vor nur als störende und zu managende Randbedingung weiterer kapitalistischer Expansion betrachtet werden.

Die Welt befindet sich seit Corona offenbar in einem neuerlichen Verblendungszustand und kann und will die eigentlichen Zeichen der Zeit nicht erkennen.

Wer nach dem Aufbruch der neuen Klimabewegung meinte, das war jetzt schon der Durchbruch, jetzt haben sie es begriffen, hat das System offenbar über- oder auch unterschätzt.

## Gesellschaften am Wendepunkt

Es geht angesichts der dramatischen Entwicklungen längst nicht mehr um Null Emissionen bis 2050, sondern um weitgehende Klimaneutralität bis 2035 (Wuppertal Institut 2019). Doch selbst angesichts offenkundiger physikalischer Tatsachen wird jede Gelegenheit, so auch die Corona-Krise benutzt, um die Vergangenheit zu verlängern, statt endlich entschlossen die Zukunft zu sichern.

Der fossil-mobilen Machtkomplex nutzte die Gunst der Stunde des Ausnahmezustands, die ja immer eine des starken Staates ist, für eine Restauration seiner Strukturen, aber auch zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Es ist ihm gelungen, sowohl die geistige Hegemonie in der Gesellschaft zurückzuerlangen, als auch die Mobilisierung der Mittel des Staates für seine Zwecke zu erreichen. Mit dem europäischen „Green Deal“ war ja bereits ein grundlegender Kurswechsel avisiert, der aber offenbar manchem schon viel zu weit ging.

Stattdessen wurde inzwischen ein „Wiederaufbauplan“ beschlossen, hinter dem der Klimaschutz auch finanziell zurückstehen muss und für den viele hundert Milliarden Euro bereit gestellt wurden. („Geld ist genug da!“ [Olaf Scholz]) Offensichtliches Ziel sind strategische Weichenstellungen (Altmaiers „Industriepolitik“) für die Behauptung und Eroberung von Weltmarktpositionen deutscher Großkonzerne sowie eine Markterweiterung und Vertiefung im Interesse der Großen und zu Lasten der Kleinen, die ein noch deutsches Europa zur Folge haben werden. Erhalten und unterstützt werden dabei die bisherigen, etwas modifizierten Großstrukturen, die es ja gerade zu überwinden gilt, wenn man die Emissionen schnell senken will, so dass man hier eigentlich nicht von „Wiederaufbau“, sondern eher von fortgesetzter Brandstiftung sprechen

müsste. Die Welt wird schon wieder von wildgewordenen Autobauern und Autoverkäufern und ihren Lobbys mit „Sonderkonditionen“ und Kaufprämien für keineswegs klimafreundliche Elektro-SUVs um den Verstand gebracht und in den entropischen Abgrund gelockt - natürlich alles ausfallgesichert. Der fossil-mobile Machtkomplex in Wirtschaft und Politik schmiedet das „Eisen, solange es heiß ist“ und versucht die Verluste zu minimieren und zu sozialisieren und bastelt an neuen, „grünen“ Strategien für ein unendliches Wachstum in einer endlichen Welt.

Dafür werden gigantische Summen an Steuermitteln verschleudert, die für den dringend notwendigen, wirklich nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen und jeder künftigen grüneren Regierung als Schuldenklotz am Bein hängen werden. Es erfolgt gerade eine zweifache Neuverschuldung - ökologisch und finanziell, die die Weichen für die Zukunft falsch stellt, und es erfolgt mit der derzeitigen aggressiven, regelrechten Corona-Kampagne eine neue Themensetzung und die Zurückdrängung der Klimaoffensive der letzten beiden Jahre.

Die enorme ökonomische, finanzielle und politische Macht und der mediale Einfluss der Großkonzerne führen grundsätzlich zu einer Deformierung und Verzerrung demokratischer Entscheidungsprozesse. Es gibt zudem dauerhafte informelle Machtstrukturen, über die bei Wahlen gar nicht entschieden wird (Autogipfel), wo aber wesentliche Richtungsentscheidungen für die Gesellschaft getroffen werden, was während der Corona-Krise einmal mehr deutlich sichtbar wurde.

Jetzt werden irreversibel die Weichen für die Zukunft des Planeten gestellt, und dies sollte keinesfalls den Verteidigern der Vergangenheit und den Profiteuren des „Weiter so“ überlassen bleiben. Die Klimabewegung muss mit ihren Verbündeten in der Gesellschaft deutlich machen, dass der „Wiederaufbau“, also die weitgehende Aufrechterhaltung der bisherigen Großstrukturen, nicht möglich und nicht zukunftsfähig ist. Weitere Digitalisierung, die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sind Irrwege, für die wir keine Zeit mehr haben. Es geht nicht um die „Begrünung der MEGAMASCHINE“, sondern um ihre Verschrottung. Nur eine sofortige drastische Eindämmung der Treibhausgasemissionen und eine Stabilisierung der Biosphäre kann eine lebensgefährliche Klimakatastrophe und die vor unseren Augen stattfindende Zerstörung der Lebensgrundlagen noch begrenzen, wozu es eine weit über technische Neuerungen hinausgehende grundlegende sozialökologische Wende braucht.

Um das Feuer der Klimakatastrophe zu löschen, ist ein wirklicher Machtwechsel und ein grundlegender Um- und Neubau der Gesellschaft notwendig. Es geht

um den Aufbau einer Gesellschaft, deren zentrales Paradigma nicht Wachstum um jeden Preis, sondern der Fortbestand des Lebens und der Menschheit ist.

*Welche Gesellschaft und welche Wirtschaft wir brauchen und wollen, das ist eine Frage, die angesichts der Klimakatastrophe gesellschaftlich neu entschieden werden muss!*

Wir befinden uns heute in einer Schwellensituation: einem ökologisch, ökonomisch und sozial notwendigen Paradigmen- und Systemwechsel. Weltweit stellt sich die Frage, ob es zu einer zunehmend autoritären Restauration eines fossil-technokratischen, grün moderierten, aber unvermindert wachstumsorientierten (Staats-)Kapitalismus kommt, der erdsystemische Begrenzungen und die Gesetze der Physik weiter ignoriert, oder ob ein grundlegender sozialökologischer Durchbruch gelingt, der die Verhinderung der Klimakatastrophe und die Sicherung der Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt.

## Die Treibhausgas-Pandemie

Seit Jahrzehnten wütet, im übertragenen Wortsinn, eine Treibhausgas-Pandemie, eine völlig außer Kontrolle geratene Vermehrung von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre, die sich immer weiter verstärkt und auf die das Klima mit ständig steigenden Temperaturen reagiert (Tallig, J. 2017). Wie bei einer Virus-Pandemie haben wir es auch hier mit einer exponentiellen Zunahme und Ausbreitung von Erregern zu tun, den bekannten Treibhausgasen, die man als Erwärmungserreger bezeichnen könnte und die inzwischen nicht mehr nur vom Menschen freigesetzt werden, sondern auch aus immer mehr natürlichen Quellen entweichen.

Die leicht erhöhte „Temperatur“ des Planeten entwickelt sich zusehends zu einem lebensbedrohlichen „Fieber“. Eine um fünf Kelvin und mehr erhöhte Körpertemperatur ist nicht nur für den Menschen tödlich, sondern überfordert auch die Anpassungsfähigkeit der Biosphäre. Letztlich droht ein multiples „Organversagen“ und der Zusammenbruch des ganzen biogeochemischen Systems Erde. Die Aufheizung der Erde ist dabei, zu einem unkontrollierbaren „Weltenbrand“ zu werden und den planetaren „Point of no return“ zu überschreiten, ab dem sich die Erderwärmung selbst verstärkt und völlig außer Kontrolle gerät (Von Brackel, B. 2019) - was keine Generation nach uns wieder rückgängig machen kann.

Die Permafrostböden in Sibirien und Kanada tauen inzwischen so rasant, wie es erst für 2090 kalkuliert war. Der Permafrost könnte 100 Milliarden Tonnen mehr CO<sub>2</sub> freisetzen, als bisher angenommen (Von Brackel, B. 2019).

Die Vegetation gerät zunehmend unter Hitzestress, wie die weltweiten Megabrände der letzten Jahre zeigen. In Australien (hier verbrannte 2019 eine Fläche von der Größe der DDR), im Amazonas-Regenwald, in Indonesien, in Kalifornien und selbst in der sibirischen Arktis gerieten riesige Feuer außer Kontrolle. Diese weltweiten verheerenden Waldbrände haben 2019 etwa 7,8 Milliarden Tonnen zusätzliches Kohlendioxid freigesetzt, wie der neue Bericht des WWF „Planet in Flammen“ zeigt (Kern, V. 2020). Das entspricht etwa einem Fünftel der jährlichen anthropogenen Kohlendioxidemissionen aus Verbrennungsprozessen von derzeit ca. 41 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> oder grob gesagt den Emissionen der USA.

Sollte der Amazonas-Regenwald kippen und zur Savanne werden, könnte das zu einem zusätzlichen Ausstoß von weiteren 90 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> führen. Dazu kämen noch einmal 110 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> durch den Verlust großer Teile des borealen Waldes in Nordamerika (Mihatsch, C. 2019).

Diese Kippunkte verursachen nicht nur ein exponentielles, sondern ein explosives Wachstum der Emissionen und eine weitgehende Destabilisierung der Biosphäre, was einen „galoppierenden Klimawandel“ (Schellnhuber) zur Folge hat und die Erde in den Systemzustand einer lebensfeindlichen Heißzeit stürzt.

Auch in Deutschland ging in den vergangenen beiden Jahren bereits eine Waldfläche von der Größe des Saarlands verloren. Es dürfte inzwischen schon fast unmöglich sein, die weltweit beständig zunehmenden Waldverluste durch Neupflanzungen auszugleichen, und auch die Fähigkeit der Wälder zur Selbstreproduktion ist durch Hitzestress, Dürre und wachsenden Schädlingsbefall stark beeinträchtigt. Von einem Kohlenstoffspeicher wandelt sich der Wald zunehmend in eine Kohlenstoffquelle. Da die verbrannten und abgestorbenen Wälder ja auch nicht mehr als Kohlendioxidensenke zur Verfügung stehen, also nun nicht mehr CO<sub>2</sub> binden und in Sauerstoff umwandeln, verdoppeln sich die Verluste faktisch noch einmal (Tallig, J. 2019).

Und auch die menschlichen Emissionen haben sich, entgegen der Verpflichtungen von Paris nicht verringert, sondern stagnieren oder nehmen sogar weiter zu. Die leichten Verringerungen durch die Corona-Krise, den milden Winter und eine gute Windausbeute bedeuteten keine wirkliche Trendwende.

Das Ungleichgewicht zwischen CO<sub>2</sub>-Freisetzung und CO<sub>2</sub>-Aufnahme, zwischen CO<sub>2</sub>-Quellen und CO<sub>2</sub>-Senken, vergrößert sich also immer weiter, so dass dadurch immer mehr Kohlendioxid in der Atmosphäre verbleibt.

Diese gigantische Freisetzung von Treibhausgasen aus immer mehr Quellen (Methan und andere Treibhausgase kommen ja noch hinzu) überfordert offenbar längst die Aufnahmefähigkeit des Planeten und ist

mehr als zehnmal so hoch wie die beim bisher schnellsten natürlichen Klimawandel vor 55,5 Millionen Jahren und verursacht eine nach erdgeschichtlichen Zeitmaßstäben blitzartige Aufheizung der Erde (Tallig, J. 2018).

Nach Angaben der UN-Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hat sich die Konzentration des Treibhausgases Kohlendioxid in der Atmosphäre seit 2015, dem Jahr der Pariser Klimakonferenz, weiter erhöht und erreicht beständig neue Rekordwerte. Nach 400 ppm (parts per million – Teilchen CO<sub>2</sub> pro eine Million Teilchen Luft) im Jahr 2015 sind es heute schon fast 420 ppm. Diese regelrecht „pandemische“ Vermehrung von Klimagasen ist bestens erforscht und wird von der gesamten Wissenschaft als ernste Bedrohung des Fortbestands des Lebens und der Menschheit eingeschätzt und muss schnellstmöglich unter Kontrolle gebracht werden.

## Erderwärmung außer Kontrolle

„Der Klimawandel überholt die Menschheit“, während diese noch debattiert, ob es ihn wirklich gibt und wie man ihn aufhalten könnte. Das Eis auf Grönland schmilzt bereits jetzt so schnell, wie es ursprünglich für das Jahr 2060 berechnet war (Hermann, U. 2019), und die Temperaturen steigen weltweit immer schneller.

Global sind über Land bereits 1,53 Kelvin erreicht, wie aus dem IPCC-Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme (SRCCL) im Jahr 2019 hervorgeht, und *über Deutschland ist es bereits etwa 2 Kelvin wärmer* als noch 1880 (Friedrich, K; Kaspar, F 2019; Rahmstorf, S. 2020).

Das ist nicht das Ergebnis von Klimamodellen, sondern das Ergebnis realer Messungen der deutschen Wetterbehörde, des Deutschen Wetterdienstes (DWD).

Das Umweltbundesamt (UBA) teilte in einer Pressemitteilung (Wuppertal Institut 2020) mit, dass die Temperatur über Deutschland sich *in nur fünf Jahren um 0,3 Kelvin erhöht* habe, sogar ohne die Hitzejahre 2018 und 2019 schon eingerechnet zu haben. Bundesumweltministerin Svenja Schulze dazu: „Die Folgen des Klimawandels treten immer deutlicher zu Tage. Die Erhöhung der durchschnittlichen Temperatur in Deutschland um 0,3 Grad in nur fünf Jahren ist alarmierend.“

0,3 Kelvin in nur fünf Jahren bedeuten aber noch mehr, nämlich, dass wir uns derzeit auf eine Aufheizung Deutschlands um 7 Kelvin und mehr zubewegen, was man leicht im Kopf ausrechnen kann.

Eine Erwärmung von 0,3 Kelvin in nur fünf Jahren, das sind 0,6 K in zehn Jahren und bei noch acht ausstehenden Jahrzehnten bis zum Ende des Jahrhunderts ergibt das 4,8 K. Das ergibt zusammen mit der bereits

realisierten Erwärmung von etwa 2 K über Deutschland (Friedrich, K; Kaspar, F 2019; Rahmstorf, S. 2020) einen Wert von etwa 7 K, ohne die zu erwartende weitere Beschleunigung der Erderwärmung dabei überhaupt zu berücksichtigen.

Dass wir uns auch global auf eine Aufheizung von 6 K und mehr zubewegen, ist allerdings schon länger bekannt: „Wir haben untersucht, wann die Atmosphäre ähnlich viel CO<sub>2</sub> enthielt wie heute. Dabei zeigte sich: Der Planet war bei vergleichbarer Kohlendioxidkonzentration wie jetzt im mittleren Miozän vor 15 bis 17 Millionen Jahren um bis zu sechs Grad wärmer, und der Meeresspiegel lag bis zu 60 Meter höher.“ (Schellnhuber, H. J. 2018).

Allerdings war die Biosphäre damals vollkommen intakt. Heute ist sie vom Menschen bereits schwer geschädigt und vom blitzartigen Tempo der Erderwärmung in ihrer Anpassungsfähigkeit überfordert (Talig, J. 2019; 2018).

Man müsse der Wissenschaft glauben und alles Notwendige tun, um Leben zu schützen, sagte Angela Merkel in Bezug auf das Corona-Virus. Ja gewiss doch, aber man sollte nicht eine wissenschaftliche Erkenntnis benutzen, um eine andere globale, wissenschaftlich gut belegte Gefährdungslage zu relativieren und notwendige Maßnahmen aufzuschieben und dadurch möglicherweise den Fortbestand des Lebens und das Überleben der Menschheit zu gefährden. Es gibt nämlich, ganz im Gegensatz zur jüngsten übereifrigen Virenbekämpfung, seit Jahrzehnten ein offensichtliches Desinteresse an einer wirksamen Eindämmung des tödlichen Fiebers der Erde.

Es genügt nicht, die Klimakatastrophe „fest im Blick zu behalten“ (A. Merkel), sondern es müssen endlich die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, um schnellstmöglich Null Emissionen zu erreichen und klimaneutral zu werden. Wo ist die Containment-/Eindämmungsstrategie gegen die Klimagase und die Erderhitzung, wo ist die „Eindämmungsverordnung“ gegen die viel zu hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen, wo bleiben die Fahr- und Flugverbote, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden? Wo sind die Milliardenprogramme, um Null Emissionen zu erreichen?

Wir erleben trotz der dramatischen Lage keine Eindämmung der Klima- und Umweltkrise sondern ein:

## **Containment von Klimaschutz und Klimabewegung**

Die Coronakrise hat die Klimaoffensive der letzten Jahre zurückgeworfen und drängte das überlebenswichtige Thema der Verhinderung der drohenden Klimakatastrophe und des Schutzes der Biosphäre in den Hintergrund. Wie meinte doch meine Zeitungshändlerin: „Alle reden von Corona, keiner redet mehr von Greta!“

Klima war unangefochten zum Thema Nummer 1 geworden, und es ging um „Die Zerstörung der CDU“ (Rezo). Heute kann man sich kaum noch daran erinnern, dass vor einigen Monaten das Europäische Parlament, viele europäische Länder und viele deutsche Städte den Klimanotstand ausgerufen haben.

Was wir gerade erleben, ist eine massive Themenverschiebung, es ist ein Containment (eine Eindämmung) des Klimaschutzes und der Umwelt- und Klimabewegung und ihrer Themen und Forderungen und eine gleichzeitige massive Einschränkung demokratischer Freiheiten. Der Mundschutz ist natürlich auch ein Maulkorb.

Während die jungen Klimaaktivisten noch debattierten und lange Wunschlisten zur Verbesserung und Rettung der Welt niederschrieben („Der Klimaplan von unten“, <https://klimaplanvonunten.de>), holte das „Imperium“ längst zum Gegenschlag aus. Die Klimaschutzorganisation „Ende Gelände“ wird mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet, und die kraftvollen Klimademonstrationen der letzten Jahre sind monatelang zu virtuellen Geisterveranstaltungen geworden, und ihre Wiederbelebung offenbart eine gewisse Erschöpfung und Desorientierung der Menschen, deren Energie und „überschüssiges Bewusstsein“ offenbar vom allgegenwärtigen coronaren Dauerfeuer aufgezehrt scheinen.

Das Thema Corona drängt aber nicht nur das Thema Klimakatastrophe in den Hintergrund, es schafft auch eine Burgfriedenmentalität der Verteidigung „des bisher Erreichten“ bei gleichzeitigem Notstandsmanagement und der staatlich alimentierten Verlängerung der bisherigen Strukturen in die Zukunft. „Auf die guten alten Zeiten, die bald wiederkommen“, heißt es programmatisch bei Klassikradio, was die massenpsychologische Wirkung der Corona-Kampagne gut auf den Punkt bringt.

Corona ist faktisch eine Universalwaffe und zu allem zu gebrauchen. So wirbt die Bundeswehr inzwischen mit: „Einsatz gegen Corona. Für euch gemeinsam stark.“, womit sich die Grenzen für Bundeswehreinätze im Innern verschieben. Die Corona-Kampagne lässt aber auch die Realität und das gerade erst Begriffene über die Klimakrise hinter einem Schleier symbolischer Politik verschwinden und nimmt den Einzelnen mit Mundschutz und Sicherheitsabstand in Sicherheitsverwahrung. Sie macht Angst, lähmt, schafft Verunsicherung und neue Entfremdung und schafft Spielräume für eine zunehmend autoritäre und undemokratische, dirigistische staatliche Krisenbewältigung. Im Namen der Volksgesundheit und des gemeinschaftlichen Kampfes gegen das Virus geht es aber eigentlich um die Bewältigung der schon vor Corona drohenden Wirtschaftskrise im Interesse

der Großkonzerne. Das neue „Wir“ vereinnahmt alle und alles, auch jede Kritik. Der gelernte DDR-Bürger sieht's und wendet sich mit Grausen – das kommt ihm alles irgendwie bekannt vor. Und dies alles zu einem Zeitpunkt, wo ein Umbau der derzeitigen nicht nachhaltigen Großstrukturen zugunsten zukunftsfähiger Wirtschafts- und Lebensweisen das eigentlich Überlebensnotwendige wäre.

## Mit Vollgas in die Klimakatastrophe

Wir halten derzeit Kurs auf das schlimmste Szenario, eine Klimakatastrophe, die den Fortbestand des Lebens und der Menschheit auf der Erde bedroht und haben den „Point of no Return“ möglicherweise schon überschritten. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat berechnet, dass für Deutschland 2020 nur noch ein Restbudget von 6,6 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> zur Verfügung steht, wenn die Erderwärmung noch auf 1,75 K begrenzt werden soll. Bei konstant hohen Emissionen wäre dieses Budget schon 2028 aufgebraucht. Die Sachverständigen des Umweltrats fordern die Bundesregierung zum Handeln auf. Deutschland müsse früher als geplant seine Klimaneutralität erreichen. Die Klimapolitik der Bundesregierung sei keineswegs zufriedenstellend und gefährdet unsere Zukunft. Klimaschutz muss jetzt oberste Priorität bekommen.

Das bedeutet aber, dass die derzeitigen Konjunkturmaßnahmen in direktem Widerspruch zu Deutschlands Verpflichtungen zum Klimaschutz stehen und auch die derzeitigen Klimaverpflichtungen und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung völlig unzureichend sind und sofort deutlich verschärft werden müssen.

Wie will man die Erderwärmung begrenzen, wenn man nicht einmal die völlig ungenügenden Selbstverpflichtungen des Pariser Klimavertrags einhält und selbst reiche Länder neue Kohlekraftwerke bauen (z. B. Datteln 4) und weiteres Wirtschaftswachstum nach wie vor absolute Priorität hat, wie die jüngsten Konjunkturpakete zeigten.

Die Konjunktur hatte ja schon vor Corona einen Schnupfen. Die Corona-Krise ist dabei nicht die Ursache, sondern Auslöser dieser Wirtschaftskrise, sie hat ihr zum Ausbruch verholfen und so Markt- und Strukturkorrekturen eingeleitet, die den nächsten Aufschwung vorbereiten sollen. Die Corona-Krise ist zum Anlass und zur Gelegenheit für die bisherigen Profiteure der fossil-mobilen Globalisierung geworden, notwendige Korrekturen, Verluste, Abschreibungen und Umstrukturierungen in ihren überdehnten, zunehmend weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltigen Strukturen nunmehr mit staatlicher Unterstützung vorzunehmen. Offenbar ist Hilfe nötig, bis hin zur Verstaatlichung und

Sanierung. Etwa 900 Milliarden € wurden den Großkonzernen zur Bewältigung der Corona-Krise und zur Eroberung und Behauptung von Weltmarktpositionen zur Verfügung gestellt, und der „Wiederaufbauplan“ der EU umfasst nochmal 700 Milliarden.

Zur Erinnerung, das „Klimapäckchen“ der Bundesregierung hat einen Umfang von ca. 60 Milliarden Euro für den Zeitraum von vier Jahren. Nun wurde anlässlich der Corona-Krise schnell einmal das Vierzigfache dessen locker gemacht, was man bereit war, für die Rettung des Planeten vor der Klimakatastrophe auszugeben ...

Es geht zwar vorderhand auch um Kurzarbeitergeld und den Erhalt von Arbeitsplätzen, aber letztlich ist es ein groß angelegtes Strukturanpassungsprogramm zum Erhalt vermeintlich systemrelevanter Strukturen.

Mit Marktwirtschaft, vielleicht sogar freier, hat das längst nichts mehr zu tun. Man handelt getreu dem Motto: „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren.“ Das zeigt wieder einmal, wie die aktuellen Kräfteverhältnisse im Land sind, wie die Weichen gestellt werden und worum es wirklich geht. Es geht darum, die Wirtschaft und das Wachstum zu verteidigen, wie Finanzminister Olaf Scholz von der SPD beim Geldverteilen in seltener Offenheit sagte. Es geht offensichtlich nicht um Klimaschutz, auch nicht um die Abwehr eines Virus, sondern es geht um die Abwehr einer Wirtschaftskrise, vielleicht sogar einer neuen Weltwirtschaftskrise.

Deshalb bremsen wir die Erderwärmung nicht, sondern beschleunigen sie immer weiter. Kein vernünftiger Mensch würde auf die Idee kommen, ständig weiter Öl und Benzin in ein Feuer zu schütten, dass er löschen will, um das Eingangsbild mit der brennenden Tankstelle hier noch einmal aufzugreifen, doch genau das tun wir.

Die Corona-Krise ist gleichsam das letzte Gefecht zwischen rückwärtsgewandter Besitzstandswahrung und entschlossener Zukunftssicherung und markiert möglicherweise den Übergang von einer gewinnorientierten im doppelten Wortsinn fossilen Ökonomie zu einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise.

## Krise als Chance

Aber keine Restauration ist dauerhaft, wie die Geschichte lehrt, und „Keine Macht der Welt kann eine Idee aufhalten, deren Zeit gekommen ist.“, wie schon Victor Hugo wusste. Insofern ist Krise natürlich auch immer eine Chance, hier sogar eine vielfache, wenn man sie denn zu nutzen versteht.

Es ist nunmehr für jeden offensichtlich geworden: „Eine andere Welt ist möglich!“, ohne dass davon die Welt untergeht, ja vielleicht reifte sogar bei manchem



die Erkenntnis „*Eine andere Welt ist nötig!*“, damit die Welt nicht untergeht und für ein gutes Leben sowieso ...

Die unverhoffte Erfahrung eines entschleunigten Lebens und die damit möglicherweise verbundene Infragestellung unserer bisherigen scheinbaren Normalität, die Erfahrung einer ganz anders tickenden und funktionierenden Welt, wird Spuren hinterlassen.

Veränderungen in Richtung eines „weniger ist mehr“ und einer anderen langsameren, lebensfreundlicheren, menschlicheren Welt werden zunehmend nicht mehr als bedrohlich, sondern vielleicht sogar als wünschenswert erscheinen. Krankheiten, Krisen sind ja erzwungene Zeiten des Innehaltens, des Umorientierens, um Wege zu finden, gesund zu werden, um in ein neues gesundes Gleichgewicht zu kommen.

Die Coronakrise hat gezeigt, dass sehr viel mehr möglich ist zur Bekämpfung einer Krise, wenn der Staat und die Gesellschaft es wirklich wollen. Das ist jetzt auch der Maßstab für das Handeln gegen die Klimakrise – die Zeit symbolischer Klimapolitik und symbolischer Klimapäckchen ist so oder so vorbei.

Wenn die Gesellschaft und der Staat mit derselben Entschlossenheit wie in der Corona-Krise gegen die Klimakrise vorgehen und genau so konsequent die notwendigen radikalen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft umsetzen würden, dann hätten wir vielleicht noch eine Chance, diese ungleich größere Herausforderung doch noch zu meistern.

Die Corona-Krise ist auch noch auf eine andere Art eine Chance zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Denn sie hat nicht nur deutlich gemacht, dass sehr viel mehr möglich ist, um eine Krise zu meistern, sie könnte zum anderen auch Auslöser für eine Weltwirtschaftskrise sein, die unabweisbar deutlich machen würde, dass das bisherige Modell der fossil-mobilen Globalisierung nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nicht zukunftsfähig ist. Eine solche Krise würde die Karten neu mischen und verteilen und den notwendigen Platz schaffen für einen Neuanfang. Denn gegen die jahrzehntelang akkumulierte Macht und die Interessen der Verteidiger des Status quo, des übermächtigen fossil-mobilen Machtkomplexes, ist die notwendige ökologische Wende nur schwer machbar, wie die letzten Jahrzehnte gezeigt haben.

Sehen wir es positiv: Nur aus einer Krise, einem Akt schöpferischer Zerstörung kann etwas Neues hervorgehen, nur wenn die Mächte des Alten ihre Macht und Dominanz verlieren, kann sich Neues durchsetzen, nur wo Platz ist, kann Neues wachsen. Eine globale Weltwirtschaftskrise wird vielen im ersten Moment als das denkbar schlimmste Szenario erscheinen. Doch unter Umwelt- und Klimaaspekten ist ein „Weiter so“ das allerschlimmste Szenario, es ist das „Worst-Case-Szenario“, das direkt in eine irreversible Klimakatastrophe,

eine lebensfeindliche Hitzezeit führt, wie Mojib Latif im Buch „*Heißezeit – Mit Vollgas in die Klimakatastrophe*“ (Latif, M. 2020) beschreibt.

„Wer will, dass die Welt bleibt wie sie ist, will nicht dass sie bleibt.“, sagte einst Erich Fried, womit er natürlich unsere naturzerstörende Produktions- und Lebensweise meinte.

Walter Benjamin meinte: „Das alles so weitergeht, ist die eigentliche Katastrophe.“

## **Autoritärer, fossiler Staatskapitalismus oder sozialökologische Wende**

– das ist jetzt die (System-)Frage. Es wird und kann nicht weitergehen wie bisher, so oder so, doch wie es weitergehen könnte und müsste, wissen die meisten nicht.

Ob es ein zunehmend autoritäres, technokratisches „Weiter so“ des bisher dominanten fossil-mobil-monetär-militärischen Machtkomplexes geben wird oder einen Weg der ökologischen Modernisierung und des grünen Wachstums oder eine Mischung aus beidem, ist offen. Eine eher symbolische Klimapolitik und zusätzliches grünes Wachstum werden nicht ausreichen, um die drohende Klimakatastrophe noch zu stoppen oder auch nur zu begrenzen (Kern, B. 2019). Wir haben unser vermeintliches Budget längst allzu sehr überzogen. Wir müssen auch mit der Illusion aufräumen, dass die derzeitigen Klimaschutzverpflichtungen, selbst wenn sie eingehalten würden, in irgendeiner Art und Weise ausreichend sind, um die Aufheizung der Erde noch zu begrenzen.

Nötig ist inzwischen eine tatsächlich dramatische, einschneidende Reduzierung unseres Naturverbrauchs und unserer Treibhausgasemissionen binnen weniger Jahre. Es muss inzwischen sehr viel schneller und radikaler gehandelt werden, um das Klima- und Erdsystem noch im lebensfreundlichen Bereich zu stabilisieren. Es geht längst nicht mehr um Null Emissionen bis 2050, sondern um Null Emissionen bis spätestens 2035 oder gar 2025 (Extinction Rebellion), wie Wissenschaftler und Klimabewegung aufgrund neuerer Entwicklungen und Erkenntnisse berechtigt fordern (Scientists for Future 2020). Doch wie soll das gelingen?

Was bedeutet es real, wenn wir Null Emissionen bis 2030 oder 2035 erreichen müssen? Dabei geht es ja um einen grundlegenden Um- und Rückbau gigantischen Ausmaßes, der in kürzester Zeit realisiert werden muss. Zudem ist ein gewaltiges Rettungs- und Stabilisierungsprogramm für das Klima und die Biosphäre notwendig. Diese enormen Herausforderungen können nur durch planmäßiges, zielgerichtetes Handeln, durch eine „Große Transformation“ bewältigt werden, womit sich unabweisbar die Systemfrage stellt.

## Konturen einer sozialökologischen/ökosozialistischen Transformation

Die notwendige schnelle Reduzierung der Treibhausgasemissionen erfordert den Übergang von der derzeitigen fossil-expansiven globalisierungsorientierten Wirtschaftsweise zu einer solar-regionalen, stationären Wirtschaftsweise. Es reicht jedoch nicht, nur die energetische Basis der Wirtschaft zu verändern, sondern es ist ein grundlegender Umbau der gesamten Struktur notwendig, denn eine absolute Verringerung des Energie- und Stoffdurchsatzes der Wirtschaft auf etwa ein Zehntel ist notwendig, um eine klimaneutrale Wirtschaft und Null Emissionen zu erreichen.

Ziel muss ein schneller Umbau der Gesellschaft sein, der die dominanten kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen durch ökologisch nachhaltige, gemeinwohlorientierte, solidarische und kooperative Ordnungsstrukturen ersetzt. Die Veränderung der Leitvorstellungen allen wirtschaftlichen Handelns ist notwendig: An die Stelle des kapitalistischen Leitprinzips der Kapitalakkumulation und der Gewinnmaximierung in Privatverfügung mit dem zwangsläufigen Wachstumszwang und seinen zerstörerischen Folgen muss das *Leitprinzip einer lebensdienlichen Ökonomie* treten. Also nicht weiter Profitmaximierung und Mehrung von Kapital in der Hand weniger, sondern ein bedarfs- und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bei unbedingter Erhaltung der Ökosysteme, in solidarischer Teilhabe aller, mit dem Ziel der Entwicklung eines nachhaltigen, sozial stabilen, zukunftsfähigen Gemeinwesens. Hier einige Stichpunkte (Initiativgruppe Postkapitalistische Ökonomie, unveröffentlichter Entwurf 2020):

- Grundlegender *Umbau des Steuersystems, ökologische Steuerreform* (Belastung des Energie- und Rohstoffverbrauchs; Entlastung lebendiger Arbeit, regenerativer Energien, des öffentlichen Verkehrs); *Preisreform*: Verteuerung von Energie und Rohstoffen; ein progressiv schnell steigender CO<sub>2</sub>-Preis mit mindestens 60 €/Tonne als Startpreis; Abschaffung des Bruttosozialprodukts zugunsten eines Ökosozialprodukts; Bilanzierung und Besteuerung der Unternehmen nicht nur nach ökonomischen Kennzahlen, sondern ebenso nach ökologischen, sozialen Kennzahlen ...
- Grundlegender *Umbau der Finanzordnung*: Geld nicht mehr als Bereicherungsmittel, sondern reines Tauschmittel; Abschaffung des Kapitalzins, der leistungslosen Spekulations- und Aktiengewinne; Bankensystem als reine Dienstleistung in öffentlicher Hand, in dem keine Gewinne erzielt werden ...
- *Richtigstellung der Eigentumsordnung*, in der selbst erarbeitetes und selbstgenutztes Eigentum

geschützt wird, in der aber Eigentum nicht zur leistungslosen Abschöpfung fremder Leistung genutzt werden kann, z. B. durch Wuchermieten. In einer gemeinwohlorientierten Eigentumsordnung müssten Grund und Boden und die Dienste der öffentlichen Hand in Gemeineigentum übergehen bzw. bleiben ...

- Entwicklung einer *partizipatorischen Unternehmensverfassung*: Begrenzung der privaten Abschöpfung durch konsequente Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung aller, Förderung genossenschaftlicher Unternehmen ...
- Die weitere Forcierung der material- und energieintensiven und Arbeitsplätze wegrationalisierenden Digitalisierung ist ein ebensolcher Irrweg wie die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs und eine energieverwendende Wasserwirtschaft. Dafür haben wir keine Zeit mehr.
- Es geht um eine konsequente *Ökologisierung* allen Wirtschaftens, um eine leistungsgerechte und solidarische Einkommensordnung, eine solidarische Arbeits- und Sozialkultur, eine Globalisierung nachhaltiger Wirtschaftsweisen und einer weitgehenden Regionalisierung der Wirtschaft.
- *Sofortprogramm-Nahziele*: sofortiger Kohleausstieg, kostenloser ÖPNV, 100 % ökologische Landwirtschaft, massive Wiederaufforstung und Wiedervernässung von Mooren, Verbot von Einwegflaschen- und Verpackungen, Verbot von Werbung für klima- und gesundheitsschädigende Produkte (wie z. B. Autos), sofortige Abschaffung und Umlenkung aller bisherigen Subventionen für fossile Energien und motorisierten Individualverkehr, Einführung einer hohen Kerosinsteuer, Zerschlagung unkontrollierbarer Konzern- und Kartellstrukturen usw., usf.

Der „Wiederaufbau“ nach der Corona-Krise kann keine Fortsetzung und Wiederbelebung des falschen fossilen Wachstumsmodells sein, sondern er muss der sofortige Beginn eines klimakompatiblen Um- und Rückbaus entsprechend der Verpflichtungen des Pariser Klimavertrags sein. Wenn wir überleben wollen, die Erde also langfristig bewohnbar bleiben soll, dann braucht es in der Tat eine Revolution für das Klima und einen schnellen Kurswechsel in Richtung einer bedarfsorientierten, lebensdienlichen Wirtschaft, was nur in einer ökosozialistischen Gesellschaft realisierbar sein dürfte (Zeller, C. 2020).

Je länger wir immer weiter in die grundlegend falsche Richtung fahren, desto geringer wird die Aussicht, den Zug der Zivilisation noch vor dem entropischen Abgrund zum Stehen zu bringen.

Wenn wir in 10–15 Jahren klimaneutral sein müssen, um wenigstens noch die Chance auf eine Begrenzung der Aufheizung der Erde zu haben und dazu auch noch

die Biosphäre stabilisieren und wieder herstellen müssen, dann ist es nicht mit ein paar neuen Weichenstellungen für den kapitalistischen Wachstumszug getan, dann müssen wir zur Notbremse greifen und den Zug anhalten und den Umbau zu einer stationären, klimaverträglichen Wirtschaft und Gesellschaft jetzt vollbringen.

Voraussetzung, um den kranken und sterbenden Planeten noch zu heilen und das Klima- und Erdsystem im noch lebensfreundlichen Bereich zu stabilisieren ist, ganz ähnlich wie bei einer Krebserkrankung, das Entfernen und Austrocknen der parasitären, zerstörerischen und zu weiterem Wachstum verdammt Krebsgeschwüre eines unkontrollierbar gewordenen Wirtschafts- und Finanzsektors, der sein eigenes Wachstum als Selbstzweck setzt. Wer meint, er könne eine Krebserkrankung heilen, indem er das Krebsgeschwür heilt, der irrt. Wenn wir die Ursache der Krankheit nicht wahrhaben wollen und es bei Symptombekämpfung belassen, dann wird es auch keine Heilung geben.

Es ist höchste Zeit, wieder vom Klima zu reden und vom Kapitalismus, von unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die krank macht und die Umwelt und das Klima und damit die Zukunft zerstört, es ist höchste Zeit nicht mehr nur von Corona zu reden, sondern von Greta und ihren Worten: „Unser Haus brennt!“

Es ist allerhöchste Zeit, die brennende Tankstelle zu schließen und das Feuer zu löschen.

## Quellen:

- Alt, Franz (2020): Die Überlebensfrage der Menschheit. – Telepolis, 24. 6. 2020. – <https://www.heise.de/tp/features/Die-Ueberlebensfrage-der-Menschheit-4794809.html> (2020-11).
- BMU; UBA (2019): Klimawandel in Deutschland: Neuer Monitoringbericht belegt weitreichende Folgen. – Pressemitteilung 45/2019. – BMU; UBA, 26. 11. 2019. – <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimawandel-in-deutschland-neuer-monitoringbericht> (2020-11).
- Friedrich, K; Kaspar, F(2019): Rückblick auf das Jahr 2018 – das bisher wärmste Jahr in Deutschland. – Deutscher Wetterdienst, Abteilung Klimaüberwachung, 2. 1. 2019. – S. 3, Abb. 3: Temperaturanomalie Deutschland 1881-2018. [https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/temperatur/20190102\\_waermstes\\_jahr\\_in\\_deutschland\\_2018.pdf](https://www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/temperatur/20190102_waermstes_jahr_in_deutschland_2018.pdf) (2020-11).
- Hermann, Ulrike (2019): Nicht viel mehr als Visionen. – taz, 20. 12. 2019. – <https://taz.de/Debatte-um-den-Klimawandel/!5647338/> (2020-11).
- Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. – Zürich: Rotpunktverlag. – ISBN 97833858698476.
- Kern, Verena (2020): Sibirien erlebt Rekordhitze und Brände. – klimareporter, 8. 7.2020. – <https://www.klimareporter.de/international/sibirien-erlebt-hitze-und-braende> (2020-11).
- Latif, Mojib (2020): Heißzeit. Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten. – Freiburg: Herder. – ISBN 9783451386848.
- Mihatsch, Christian (2019): Klimaneutralität kommt 2050 zwei Jahrzehnte zu spät. – klimareporter, 17. 8. 2019. – <https://www.klimareporter.de/erdsystem/klimaneutralitaet-kommt-2050-zwei-jahrzehnte-zu-spaet> (2020-11).

- Rahmstorf, Stefan (2020): Deutschland ist schon 2°C wärmer geworden. – Spectrum.de SciLogs, BLOG: KlimaLounge, 22. 10. 2020. – <https://scilog.spektrum.de/kimalounge/> (2020-11).
- Ripple, William J.; Wolf, Christopher; Newsome, Thomas M.; Barnard, Phoebe; Moomaw, William R. (2020): World Scientists' Warning of a Climate Emergency. – BioScience 70(1): 8-12. – <https://academic.oup.com/bioscience/article/70/1/8/5610806> (2020-11).
- Schellnhuber, Hans Joachim (2018): „Dramatische Klimakrise oder rasche Transformation. – Interview: Joachim Wille. – klimareporter, 1. 9. 2018. – <https://www.klimareporter.de/erdsystem/dramatische-klimakrise-oder-rasche-transformation> (2020-11).
- Scientists for Future (2020): Stellungnahme der Scientists for Future zu den „Forderungen von Fridays for Future Deutschland an die deutschen Vertreter\*innen auf EU-Ebene“. – 2. 10. 2020. – <https://www.scientists4future.org/stellungnahme-fff-forderungen-an-eu/> (2020-11).
- Tallig, Jürgen (2017): Die tödliche Falle. – umwelt aktuell 11.2017.
- Tallig, Jürgen (2018): Blitzkrieg gegen die Erde. – scharf links, 20. 7. 2018. – [http://www.scharf-links.de/96.0.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=66952&cHash=819c40035b](http://www.scharf-links.de/96.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=66952&cHash=819c40035b) (2020-11).
- Tallig, Jürgen (2019): „Erderwärmung außer Kontrolle?“. – earthattack-talligsklimablog. – <https://earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com/erderwaerung-aueber-kontrolle> (2020-11).
- Von Brackel, Benjamin (2019): „Wir haben die Kontrolle verloren“. klimareporter, 28. 11. 2019. – <https://www.klimareporter.de/erdsystem/wir-haben-die-kontrolle-verloren> (2020-11).
- Wallace-Wells, David (2019): Die unbewohnbare Erde: Leben nach der Erderwärmung. – Kiel: Ludwig. – ISBN 9783453281189.
- Wuppertal Institut (2020): CO<sub>2</sub>-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. – Bericht. – Wuppertal. [https://epub.wuperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7606/file/7606\\_CO<sub>2</sub>-neutral\\_2035.pdf](https://epub.wuperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7606/file/7606_CO2-neutral_2035.pdf) (2020-11).
- Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. – München: oekom. – ISBN 9783962381882.

## Weitere Literatur:

- Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. – Frankfurt/Main: Fischer. – ISBN 9783100022318.
- Loske, Reinhard(1997): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. – Berlin: Birkhäuser.
- Schneidewind, Uwe (2018) Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. – Frankfurt am Main: Fischer. – ISBN 9783596702596.
- Tallig, Jürgen (2016): Kippelement atmosphärische Zirkulation. – Ökologische Plattform bei der LINKEN, 8. 9. 2016. – <https://www.oekologische-plattform.de/2016/09/kippelement-atmosphaerische-zirkulation/>.
- Tallig, Jürgen (2017): Rasante Zerstörung des Planeten. – umwelt aktuell 12.2016/1.2017.
- Umweltgutachten (2020): Umweltrat mahnt schwere Defizite in der deutschen Klimapolitik. – energiezeitung, 15. 5. 2020. – <https://www.energiezeitung.eu/umweltschutz/umweltrat-mahnt-schwere-defizite-in-der-deutschen-klimapolitik> (2020-11).
- WBGU (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. – [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu\\_jg2011.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf) (2020-11).
- WBGU (2014): Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Sondergutachten. – [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/sondergutachten/sg2014/wbgu\\_sg2014.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/sondergutachten/sg2014/wbgu_sg2014.pdf) (2020-11).
- Wuppertal Institut (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. – Frankfurt am Main: Fischer. – ISBN 9783596178926.

## „Mit Vollgas in die Klimakatastrophe ...“

Rezension von Jürgen Tallig

**Klimaforscher Mojib Latif warnt vor einer lebensfeindlichen Heißzeit, scheut aber die politischen Konsequenzen.**

Die Menschheit rast „mit Vollgas in die Klimakatastrophe“. Das schreibt der renommierte und aus den Medien bekannte Klimaforscher Mojib Latif schon auf dem Einband seines neuen Buches – auch wenn dann noch ein „aber“ folgt und dringend Bremsversuche angemahnt werden. Obwohl das poppige, sonderbar unernste Cover des Buches etwas anderes vermuten lässt – die „Heißzeit“ wird keineswegs ein Zuckerschlecken, was Mojib Latif mit klaren Worten verdeutlicht.

„Der Umgang der Menschheit mit der Klimaproblematik ist völlig unakzeptabel. Handelt die Menschheit nicht schnell und konsequent, könnte der Planet tatsächlich sein lebensfreundliches Antlitz verlieren. Die Anzeichen für den nahenden Klimakollaps sind unübersehbar“, schreibt Latif. „Eine ungebremste Erderwärmung würde die Menschheit vor kaum zu bewältigende Herausforderungen stellen.“ Das Zeitfenster, um eine dramatische Klimaänderung noch zu vermeiden, schließe sich. „Es droht im wahrsten Sinne des Wortes eine Heißzeit, ein Klima mit Temperaturen auf der Erdoberfläche, an die man sich nicht mehr wird anpassen können.“

### Die Hoffnung noch nicht aufgeben

Latif nennt die Dinge zumindest klar beim Namen. „Heißzeit. Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten“ ist der etwas holprige Titel des Buches, das „Facts for Future“ liefern will, wie ein kleines Werbeschild auf dem Buchcover ankündigt.

Wie der Untertitel schon verrät, gibt Latif den Kampf gegen die Klimakatastrophe noch nicht verloren. Er zitiert zwar Jonathan Franzen („Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen?“), aber er betont, dass es immer noch mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich wäre, eine Klimakatastrophe zu verhindern, auch wenn „die Menschheit möglicherweise schon Prozesse in Gang gesetzt hat, die man nicht mehr stoppen kann“. Jedoch: „Solange nicht erwiesen ist, dass wir für die Klimarettung keine Option mehr haben, möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben“, betont Latif.

Hinzuzufügen wäre, dass wir auch moralisch gegenüber den kommenden Generationen verpflichtet sind, die Prozesse wenigstens so weit wie möglich zu verlangsamen, und keinesfalls das Recht haben, die Aufheizung der Erde weiter zu beschleunigen (siehe „Ungerechtigkeit im Treibhaus oder die Freiheit der

Anderen“ in Tarantel 87/2019, [www.scharf-links.de](http://www.scharf-links.de) [Ökologiedebatte, https://earthattack-talligsklima.blog.jimdofree.com](https://earthattack-talligsklima.blog.jimdofree.com)).

### Mittelweg des Denk- und Machbaren

Mojib Latif ist einer der bekanntesten deutschen Klimawissenschaftler und Meeresforscher am Geomar in Kiel und hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Bücher zum Klimawandel veröffentlicht. Er ist ein typischer Vertreter der etablierten Klimawissenschaft, die es in den letzten Jahrzehnten nicht vermocht hat, der Politik und der Öffentlichkeit den wirklichen Ernst der Lage zu vermitteln, und letztlich einen mittleren Weg des Sag- und Denkbaren und auch Machbaren mitdefinierte, mit dem sich alle irgendwie arrangieren konnten und mit dem alles so weiterging wie bisher.

Die ersten 120 Seiten des Buches bieten aber eine zutreffende Situationsbeschreibung und eine gute, knappe und verständliche Darstellung des Klimaproblems, eine wahre Fundgrube für Informationssuchende. Wer weiß schon, dass sich der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre derzeit zehnmal so schnell erhöht wie beim schnellsten natürlichen Klimawandel, so schnell wie noch nie in den letzten 100 Millionen Jahren – mit der entsprechenden Erwärmung. Schon für diese Fakten lohnt es, das Buch zu lesen. Eine komprimierte Darstellung der derzeitigen katastrophalen Entwicklungen im Klima- und Erdsystem – Stichwort Kippelemente – sucht man allerdings vergebens (siehe „Corona-Krise und Klimakatastrophe“, in dieser Tarantel, [www.scharf-links.de](http://www.scharf-links.de) [Ökologiedebatte, https://earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com/](https://earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com/)).

Mojib Latif geht davon aus, dass es trotz der drohenden Klimakatastrophe wohl frühestens 2050 gelingen wird, die Welt klimaneutral zu machen, was allerdings der Sachverständigenrat für Umweltfragen und immer mehr von Latifs Forscherkollegen als unverantwortlich betrachten, da das vermeintlich noch vorhandene CO<sub>2</sub>-Budget der Menschheit schon in wenigen Jahren aufgebraucht sein wird. Trotzdem sollten nach Latifs Ansicht der Klimaschutz und offenbar auch die Klimakatastrophe positiver kommuniziert werden, als Chance sozusagen. Interessant ist in jedem Fall die im Buch aufgeworfene Frage, ob es eine psychische Blockade bei der Wahrnehmung und bei der Reaktion auf die Klimakatastrophe gibt, die als nicht lösbares Problem quasi „abgespalten“ wird – was unter dem Aspekt der kurzfristigen Alltags- und Lebensbewältigung ja möglicherweise sogar eine rationale Strategie ist.

## Erst vom Gas gehen, dann bremsen

Latifs Buch ist auch so etwas wie Rechenschaft vor sich selbst und eine Abrechnung mit der Klimapolitik. Es geht um die klimapolitischen Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre, und sicher werden viele in der Umwelt- und Klimabewegung Latifs Kritik teilen und nachvollziehen können.

In seiner Suche nach Auswegen und Lösungen dokumentiert das Buch aber auch das unveränderte Verstricktsein in Illusionen und Loyalitäten, wenn es um die Rolle des Staates, der Wirtschaft und der Medien geht. Es offenbart sich die bei Klimawissenschaftlern weit verbreitete gesellschaftspolitische Blauäugigkeit gegenüber Machtverhältnissen, Interessen und strukturellen Wachstumszwängen.

Der mehrteilige Buchtitel zeigt unfreiwillig die ganze Widersprüchlichkeit, die Klimaschutz und Klimastabilisierung in industriellen Wachstumsgesellschaften

kennzeichnen: Bremsversuche, während man gleichzeitig weiter Gas gibt (wie mit den neuen Konjunkturpaketen), dürften kaum erfolgreich sein. Man müsste erst mal vom Gas gehen, um überhaupt bremsen zu können.

Den wahren Ernst der Lage und die gigantische Dimension der notwendigen Veränderungen will oder kann Mojib Latif nicht benennen, und eine grundlegend andere Welt kann er sich nicht vorstellen. Das Buch ist weniger ein „flammender Appell“, wie der Verlag es bewirbt, als vielmehr eine kritische Bestandsaufnahme, die am Ende politisch naiv und konturlos bleibt und die Welt auf dieselbe Weise retten will, wie es schon bisher nicht gelungen ist.

Mojib Latif: Heißzeit. Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten, Freiburg: Herder 2020, 224 S., 20 €, ISBN 9783451386848

## Klima | x

### Rezension von Götz Brandt

Der Autor Andreas Malm ist seit 20 Jahren in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Er forscht an der Universität Lund und der Humboldt-Universität. Das Buch ist eine überaus gelungene Übersetzung aus dem Englischen von David Frühauf. Die Text ist eindringlich, bildhaft, ungeschminkt direkt, anklagend und aussagekräftig. Das liest sich so gut, dass man das Buch nicht aus der Hand legen möchte.

Im Inhalt geht es um die Frage, warum die Industriestaaten beim Corona-Notstand so entschlossen, mit viel Geld, Dirigismus und sogar Enteignungen von Unternehmen handelten und das beim Klimanotstand nicht tun. Geld wäre ja da, um den Klimanotstand zu bekämpfen, daran liegt es also nicht. Die Devise der Regierungen beim Klimanotstand ist nach wie vor: Abwarten bis zur Kernschmelze.

Die Maßnahmen der Regierungen während der Pandemie führten in China zur Verringerung des Schadgasausstoßes um 25 %, in den USA um 18 %. Die Regierungen bleiben aber unbeeindruckt, wenn jährlich 150 000 Menschen den Hitzetod sterben (WHO). Weil es um den Erhalt die Produzenten und Konsumenten geht, wird gehandelt, nicht aus humanitären Gründen. Höchstens die Überlegung, dass der CDU/CSU die Kernwählerschaft wegstirbt, die Alten. Trump wollte vor allem die Profitmaschine sichern und nicht die Konsumenten, zuerst sterben ja die Armen. Er hatte sich verrechnet: 13,6 Mio. infiziert, 270 000 tot. Eigentum geht vor Leben ist die Devise des Kapitals.

Die Untersuchung beginnt mit dem Nachweis, dass die Pandemien der letzten Jahre kapitalgemacht sind, genauso wie der Klimawandel, und dass Seuchen und Klimawandel ein und dieselben kapitalistisch bedingten Ursachen haben. Beweisführung: Fledertiere tragen etwa 5000 Corona-Viren in sich, davon etwa 300 für Menschen gefährliche. Den Fledermäusen können die Viren nichts anhaben, ihr Immunsystem ist außerordentlich stark. In den Tropen werden diese Tiere aus ihrer Heimat vertrieben, weil immer mehr Wald gerodet wird für Ölplantagen. Die Fledertiere kommen in diese Plantagen und koten über Mensch und Haustier, die angesteckt werden. Ein anderer Infektionsweg geht über „Buschfleisch“. Wildtiere werden erlegt und auf den Märkten der asiatischen Staaten und der USA angeboten. Die Wildtiere wurden von den Fledertieren angesteckt (zoonotischer Spillover) und bringen die Viren in die Märkte (Wuhan). Nur die Reichen können sich Wildfleisch leisten.

Je mehr Wald gerodet wird, umso mehr Pandemien werden auftreten. Es warten noch hunderte Corona-Virenarten auf den Sprung auf den Menschen. Alle Pandemien sind bisher in den Tropen entstanden. SARS wurde von Flughunden übertragen. Insofern ist Corona vom Kapital induziert. Die EU und die USA fördern diese Entwicklung, weil sie immer mehr Produkte von Plantagen verbrauchen: Soja, Fleisch, Tee. Kaffee, Tee, Kakao usw. Lasst die Fledermäuse in Ruhe und forstet die Plantagen wieder auf, ist die einzige Lösung und nicht die Entwicklung immer neuer zu spät kommender

## Bücherecke

Impfstoffe, denn wir haben ja schon SARS-CoV-2, Nipah-Virus, West-Nil-Virus, Ebola, SARS und MERS hinter uns mit Millionen Haustierverlusten und vielen toten Menschen. Überträger waren Flughunde, Zibetkatzen, Kamele und Hausschweine.

Die Zunahme der Seuchen erfolgt parallel zur Erderhitzung. Spätestens 2040 werden wir den permanenten Seuchennotstand haben. Die Fledermäuse werden wie alle flugfähigen Tier (Moskitos – Malaria) nach Norden wandern und ihre Corona-Viren mitbringen.

Die reichen Länder können sich gegen Seuchen wappnen, mit Krankenhausbetten und Impfstoffen (Italien 12,5 Betten je 100 000 Einwohner). Die armen Länder können das nicht (Uganda 0,1 Bett je 100 000 Einwohner). In den Slums kann kein Abstand gehalten werden, und die hygienischen Bedingungen sind ohnehin katastrophal. Verwundbar ist, wer kein Geld und Material hat.

Was muss getan werden: Die Regierungen müssen in den Markt eingreifen, Konsum rationieren und regulieren. Waldrodung und Handel mit Plantagenprodukten aus den Tropen müssen verboten werden. Es darf kein Handel mit Wildtieren aus dem Busch mehr getrieben werden. Die Ölindustrie müsste verstaatlicht werden und konvertieren auf eine Entnahme von Kohlendioxid aus der Luft und die sichere Lagerung in fester Form. Kein Flugverkehr mehr und keine Kreuzfahrtschiffe. Notwendig ist eine Klimaschutz-Mobilmachung. Wahlkampagnen und Massensabotage werden vom Autor vorgeschlagen. Die Regierungen dürfen uns nicht mehr empfehlen, „in einem brennenden Haus literweise kaltes Wasser zu trinken“ (Greta Thunberg).

Andreas Malm: Klima|x, Berlin: Matthes & Seitz 2020, 263 S., 15 €, ISBN 9783751803070



Schnappschuss von der Demonstration „Wir haben es satt!“ vom 19. Januar 2019 in Berlin.

Auch 2021 wird es am 16. Januar wieder eine Demonstration geben. Allerdings wird der Protest gegen die Agrarindustrie und für eine Wende zu einer ökologischen Landwirtschaft wegen der Pandemie (mit Abstand und Maske) regional, also für die Bevölkerung aus Brandenburg und Berlin, stattfinden. Über die Aktion Fußabdruck – aus Fuß- und Schuhabdrücken mit Forderungen wird ein Protestbild am Kanzleramt gebildet – sind auch die Menschen aus den anderen Bundesländern aufgefordert, am Protest teilnehmen.

## Autoren

Didem Aydurmus, Götz Brandt, Marcus Otto, Mitglieder im SprecherInnenrat

Lorenz Gösta Beutin, Mitglied des Bundestags, Klima- und Energiepolitik

Wolfgang Borchardt, Wolfgang Kämmerer, Mitglieder im Koordinierungsrat

Bruno Kern, Netzwerk Ökosozialismus

Jürgen Tallig, freier Autor, klimablog <https://earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com/>

## Bildnachweis

S. 6 Hermann Franz

S. 30 G. Koeltzsch

## Bundesebene

### Ökologische Plattform

SprecherInnenrat

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,  
<https://www.oekologische-plattform.de> oder  
[info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de)  
Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)  
Götz Brandt, [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)

**Mitgliedschaft** erklären: <https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

**Mailverteiler** (Newsletter):

Anmeldung unter <https://www.oekologische-plattform.de/newsletter/>

### Bundestag

Lorenz Gösta Beutin, Ausschuss für Wirtschaft  
und Energie,  
Tel. 030 227-77447, Fax 030 227-70448,  
[lorenz.beutin@bundestag.de](mailto:lorenz.beutin@bundestag.de)

Ralph Lenkert, umweltpolitischer Sprecher und  
Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik,  
Tel. 030 227-72636, Fax 030227-76638,  
[ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)

## Landesebene

### Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Strohberg 36, 70180 Stuttgart,  
[mail@wolfgangkaemmerer.de](mailto:mail@wolfgangkaemmerer.de)

### Bayern

LAG Umwelt, Röntgenstraße 41a, 85055 Ingolstadt,  
[eva@bulling-schroeter.de](mailto:eva@bulling-schroeter.de)

Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

### Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstraße 5,  
10111 Berlin, Tel. 030 23252550,  
[platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

### Brandenburg

DIE LINKE Brandenburg, LAG Umwelt, Peter Engert,  
K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,  
[peterengert@t-online.de](mailto:peterengert@t-online.de)

### Bremen

Helmut Kersting,  
[helmutkersting@die-linke-bremen.de](mailto:helmutkersting@die-linke-bremen.de)

### Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,  
[g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de)

### Hessen

Achim Lotz, Ref. Umweltpolitik, Ressourcen- und  
Naturschutz, Forst, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz, Fraktion DIE LINKE.  
im Hessischen Landtag,  
[a.lotz@ltg.hessen.de](mailto:a.lotz@ltg.hessen.de), Tel. 0611 350 60-87

Bruno Kern, [fackelkraus@gmx.de](mailto:fackelkraus@gmx.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

LAG ÖPF Schwerin, Madeline Cords,  
[madeline\\_cords@posteo.de](mailto:madeline_cords@posteo.de)

Carmen Ziegler, [carmen\\_ziegler@gmx.net](mailto:carmen_ziegler@gmx.net)

### Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF),  
[Karsten.farber@kabelmail.de](mailto:Karsten.farber@kabelmail.de)

Heinz Preuß (Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstraße 6,  
31787 Hameln, [hpborusso@posteo.de](mailto:hpborusso@posteo.de)

### Nordrhein-Westfalen

Rainer Nickel, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Regional  
büro NRW, Hedwigstraße 30-32, 47058 Duisburg,  
[rainer.nickel@rls-nrw.de](mailto:rainer.nickel@rls-nrw.de), Tel. 0203 3177392

### Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Straße 5,  
53474 Ahrweiler,  
[marion-morassi@t-online.de](mailto:marion-morassi@t-online.de)

Wolfgang Huste, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com) (LAG ÖPF RP)

### Saarland

Ralf Georgi, umweltpolitischer Sprecher Im Landtag  
des Saarlandes, Tel. 0681 5002429,  
[r.georgi@landtag-saar.de](mailto:r.georgi@landtag-saar.de),  
[ralf.georgi@linksfraktion-saar.de](mailto:ralf.georgi@linksfraktion-saar.de)

### Sachsen

Marco Böhme, MdL,  
[marco.boehme@linksjugend-sachsen.de](mailto:marco.boehme@linksjugend-sachsen.de)

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,  
01067 Dresden, [jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)

Andreas Naumann, [andreas.naumann@online.de](mailto:andreas.naumann@online.de)

### Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Straße 5,  
06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)

Frank Roßband, [frank.rossband@web.de](mailto:frank.rossband@web.de)

### Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, [friedrich\\_bernd@t-online.de](mailto:friedrich_bernd@t-online.de),  
Augrund 7, 24321 Lütjenburg

Hans-Jürgen Schulze, [hajueschulze43@gmail.com](mailto:hajueschulze43@gmail.com),  
Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

### Thüringen

Helmut Bessner, [helmut.bessner@gmail.com](mailto:helmut.bessner@gmail.com),  
Robert-Koch-Straße 10, 98527 Suhl,  
Tel. 03681 804346

## linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin, [politik@nd-online.de](mailto:politik@nd-online.de)

junge welt, Torstraße 6, 10119 Berlin,

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Branden-  
burg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin,  
Tel. 030 44339147,

[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)



# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 90

September  
III/2020

**DIE LINKE.**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial/Impressum</b>		2
<b>In eigener Sache</b>		
Bundestreffen 2020 der Ökologischen Plattform am 12. 9. 2020 in Berlin		3
Rechenschaftsbericht des SprecherInnenrats der ÖPF zum Bundestreffen Da sind wir aber immer noch		3
Arbeitsplan der Ökologischen Plattform für 2021		5
Gesamtmitgliederversammlung der BAG Klimagerechtigkeit am 3./4. 10. 2020 in Kassel		6
<b>Rolle der Ökologie in der LINKEN</b>		
Didem Aydurmus	Welt retten statt bloß grün anstreichen!	7
Lorenz Gösta Beutin	„Wir werden nicht zu Grünen“	8
Götz Brandt, Wolfgang Borchardt	Ist die ökologische Strategie im Parteiprogramm der LINKEN aktuell und zukunftsfähig?	9
Marcus Otto	Die Strategiedebatte in der LINKEN und zwei Gretchenfragen	11
Wolfgang Kämmerer	Der Gebrauchswert einer sozial-ökologischen LINKEN	14
Bruno Kern	Aktionsplan Klimagerechtigkeit – eine Bankrotterklärung	16
<b>Klimapolitik</b>		
Jürgen Tallig	Corona-Krise und Klimakatastrophe	19
<b>Bücherecke</b>		
Jürgen Tallig	Die Erderwärmung „Mit Vollgas in die Klimakatastrophe ...“	28
Götz Brandt	Klima x	30
<b>Bildnachweis</b>		30
<b>Autoren</b>		30
<b>Kontaktadressen</b>		31